

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Circulation bezogen für Deutschland, Dänzig, das Grenz- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 21.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 69

Die neugestaltete Konparatortabelle über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Anerkennung der russischen Schulden

Eine Note Tschitscherins

Wie der „Röschischen Zeitung“ aus London gedruckt wird, hat die Sowjetregierung sich jetzt formell, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, zur Anerkennung der Vorkriegsschulden des alten Regimes bereit erklärt.

Die russische Handelsdelegation in London veröffentlicht eine von Tschitscherin unterzeichnete Note, die Bezug nimmt auf die Brüsseler Konferenz, die die Gewährung von Krediten für das hungernde Russland von der Anerkennung der Schulden der früheren russischen Regierungen abhängig machte. Die Note sagt, daß dieser Beschluß der russischen Regierung zwar nicht notifiziert worden sei, aber angesichts der Hungersnot wolle sich die Sowjetregierung nicht um diplomatische Feinheiten kümmern, sondern trotzdem Stellung zu dem Brüsseler Beschluß nehmen, um so mehr, als sie immer des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit den anderen Mächten als ihre Hauptaufgabe betrachtet habe.

Die Note fährt dann fort, die Sowjetregierung habe deshalb beschlossen, die zaristischen Schulden vor dem Jahre 1914 anzuerkennen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß besondere Bedingungen und Erleichterungen gewährt würden, die die Bewirkung dieses Versprechens möglich machen. Weiter heißt es, absolute Bedingung für diese Anerkennung sei, daß die Großmächte sich verpflichten, jeder Aktion, die die Sicherheit der Sowjetrepublik und der Republik des Fernen Ostens bedrohen, ein Ende zu bereiten. Die Sowjetregierung könne ihr Versprechen nur erfüllen, wenn die Großmächte mit ihr einen endgültigen Frieden abschließen und wenn die Sowjetregierung von den anderen Mächten anerkannt werde. In diesem Zweite Hinsicht die Sowjetregierung vor, schließlich eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit dieser Frage befassen, die Forderungen beider Staaten prüfen und einen endgültigen Friedensvertrag ausarbeiten solle. Nur eine Konferenz dieser Art könne einen allgemeinen Frieden herbeiführen.

London, 31. Oktober.

Die bereits bekanntgegebene Note der Sowjetregierung an die britische Regierung ist heute nachmittag bei dem auswärtigen Amt eingetroffen. Reuters berichtet, daß die Note vielleicht zu wichtigen Ergebnissen führen könne, indem sie von neuem die gesamte russische Frage in den Vordergrund stelle. Laut „Evening Standard“ herrscht in der City keinerlei Begeisterung für die in der Note Tschitscherins enthaltenen Vorschläge. Der Vorschlag Russlands laufe auf ein Erbfahren um Kredite hinaus; die Grundbedingung dafür müsse jedoch sein, daß Russland selbst ein erzeugendes Land werde und die Kontraktgesetze anerkenne, wie sie in den westlichen Ländern bestehen.

Die Motive der Sowjetregierung

gk. Riga, 29. Oktober.

Wie aus Moskau gemeldet wird, beabsichtigt die Sowjetregierung, die Schulden der zaristischen Regierung bis zum Jahre 1914 zu übernehmen. Die Schulden sind lange Beratungen vorausgegangen. Man ging dabei von dem seit Monaten als gültig anerkannten Leninischen Prinzip aus, daß es unbedingt nötig sei, in Verbindung mit dem Ausland zu kommen. Die Versuche, das durch Konzeptionen an einzelne Ausländer zu erreichen, hatten aber bisher, besonders seitdem die Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten abgebrochen werden mußten, ein so ungünstiges Ergebnis, daß man nicht mehr daran glaubt, über den Kopf der fremden Regierungen hinweg mit dem ausländischen Kapital allein arbeiten zu können. Die Kapitalisten haben vielfach die Verhandlungen abgebrochen, weil sie ohne den Schutz ihrer Regierungen keine Garantien für eine geordnete Arbeit haben. Hingegen kam, daß sich in den ersten Verhandlungen, die über die Beilegung der neuen russischen Reichsdank stattfanden, zeigte, wie geringe Reue besteht, größere Summen zur Verfügung zu stellen. So kam man zu dem jetzigen Entschluß, nachdem Lenin durch offene Darlegung der Verhältnisse dafür gesorgt hatte, daß keine allzu große Opposition im Exekutivkomitee des allrussischen Rätekongresses entstehen konnte.

Man rechnet darauf, daß schon die Bekanntgabe der Zahlungsbereitschaft günstigen Einfluß auf das ausländische Kapital haben wird und glaubt, daß bis zur Übernahme tatsächlicher Verpflichtungen noch eine geraume Zeit vergehen wird. Vor allem hofft man aber auf eine Berücksichtigung der jetzigen Wirtschaftsverhältnisse durch die internationale Konferenz, die die Fragen zu besprechen haben würde. Die äußeren Schulden des zaristischen Reiches betragen 1814 rund 3048 Milliarden Rubel, aber neben diesem Betrage gab es eine innere Schuld von 5757 Milliarden Rubel.

Französische Stimmen

Paris, 31. Oktober.

„Gaulois“ schreibt zur Note Tschitscherins, wenn die Regierung von Moskau sich entschließt, die Schulden des russischen Reiches anzuerkennen, selbst gegen einen unzulässigen politischen Nutzen, so sei das schon ein Fortschritt. Es beweise, daß sie sich von Tag zu Tag kränker fühle. Lassen wir die Regierung von Moskau in Frieden ihre zu langsame Agonie vollenden. Wenn sie wirklich tot sein wird, dann kann man verhandeln.

Die kommunistische „Humanité“ schreibt, die Volkskommissare seien immer der Ansicht gewesen, daß Russland nicht vom übrigen Teile der Welt getrennt werden könne, da es notwendig sei für das Leben der Welt, wie dieses notwendig sei für das eigene Leben.

Russlands. Das Abkommen Krasin-Horne habe die erste Brechlinie in die chinesische Mauer gelegt. Heute, in der Stunde des Leidens, wiederhole die Regierung von Moskau Vorschläge, die sie schon in der Vergangenheit wiederholt gemacht habe, die man aber nicht habe hören wollen.

Der „Temps“ schreibt: Wenn man die Propaganda berücksichtige, durch die die Anerkennung der Sowjetregierung auch ohne Rückzahlung der Vorkriegsschulden gefordert wurde, hätte man die Rechte der Gläubiger opfern müssen, um Russlands Tore zu öffnen zu können. Jetzt desavouiert die Sowjetregierung ihre eigene Verteidigung. Russlands Angebot müsse in der Weise erfolgen, daß es nicht am nächsten Tage wieder zurückgezogen werden könne. Russland müsse zunächst ein Programm aufstellen, um die Hilfsquellen, über die es verfüge, darzulegen. Erst an dem Tage, an dem eine russische Regierung den Beweis führen könne, daß sie imstande sei, ihr Wirtschaftsleben wiederherzustellen und wo sie ein stichhaltiges Finanzprogramm vorlege, könnte sie wirklich erklären, daß sie die alten Schulden anerkenne und daß sie diese bezahlen wolle. Aber eine Note in die Welt zu senden und darin zu erklären, man wolle zahlen, ohne zu sagen wie, sei nur der Versuch eines Mandävers, aber kein gültiges Angebot. Uebrigens würde Frankreich Russland die politische Anerkennung verweigern, solange Russland nur finanzielle Abmachungen anspreche, und Frankreich würde fordern, daß Russland eine Regierung haben müsse, die dem russischen Volke die Möglichkeit gebe, die Männer zu wählen und zu kontrollieren, von denen es regiert werden soll.

Keine Verhandlungen mit den Menschewisten

Wie uns von der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands mitgeteilt wird, sind die in verschiedenen ausländischen Blättern verbreiteten Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und den Menschewisten zwecks Bildung einer Koalitionsregierung völlig aus der Luft gegriffen. Bei den augenblicklichen politischen Verhältnissen in Russland ist selbst die Möglichkeit solcher Unterhandlungen völlig ausgeschlossen.

Der französische Sozialistenkongress

Die Frage der Einigung

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Sozialistenkongresses wurde die Frage der Einigung besprochen. Bisher liegen nur lückerhafte Berichte vor, die lückerhaft und ungenau zu sein scheinen. Zur vorläufigen Information geben wir das Wesentlichste daraus wieder:

Nach einer GG-Meldung stellte Renaudel mit Bedauern fest, daß immer noch ein großer Teil der Sozialisten der 2. Internationale angehöre, so daß an eine Arbeit der Wiener Internationale unter solchen Umständen nicht zu denken sei. Die Einigkeit der Sozialisten müsse in der Hauptsache von Deutschland ausgehen. Wenn sich die deutschen sozialistischen Parteien einig wären, könnte die Internationale wieder hergestellt werden. Renaudel fordert Redebour auf, für diese Einigung zu arbeiten. Er schlägt die Einigung einer Kommission vor, die die Vertreter der 2. Internationale, der Wiener Internationale und selbst der 3. Internationale die mit den Anhängern der 2. und der Wiener Internationale zusammengehen könnten, vereinen soll.

Redebour antwortete, daß die deutschen Unabhängigen zu Opfern bereit wären, um die Einigkeit wiederherzustellen, doch glaube er, daß auch das vom Wiener Kongress geschlossene Bündnis zu verachten sei. Dank dem Einverständnis zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Arbeiterklassen seien die Reparationsprojekte ausgearbeitet worden, die zu den glücklichen Abmachungen von Wiesbaden geführt hätten. Man dürfe somit nicht sagen, daß bei der gegenwärtigen Zersplitterung nichts erreicht werden könne. Die Unabhängigen seien keine Saboteure der Politik, denn Sabotage sei immer etwas Verwerfliches. Die Unabhängigen haben das Kabinett Birth, als es von den Deutschen bedroht war, unterstützt. Denn obwohl die Bürgerlichen Gegner der Unabhängigen seien, gäbe es welche, die den Unabhängigen gegenüber Wohlwollen bekunden, und dazu gehört auch das Kabinett Birth. Birth sei zwar ein Bürgerlicher, doch habe er Charakter. Es gäbe auch Sozialisten ohne Charakter. Dr. Birth habe selbst erklärt, daß er bei einem Kampfe ohne Gnade gegen die Arbeiterklasse auf deren Seite stehen würde. So habe man nie einen Ministerpräsidenten sprechen hören. Wünschenswert erscheint Redebour die Schaffung eines Aktionskomitees aus Delegierten aller Richtungen, auch der Anhänger Renaudets.

Wie W. T. B. weiter meldet, sprach Longuet über die internationale Politik der Partei. Er wandte sich gegen den Kommunismus und appellierte an die Einigkeit aller Sozialisten zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens zugunsten des Proletariats. Auch der ehemalige Delegierte Grumbach, der darauf das Wort ergriff, sagte den Kommunisten von Moskau an, der im Ausland nur durch die Korruption Unterstützung finde. Grumbach bemühte sich an der Hand von Bruchstücken aus Reden der russischen Revolutionsführer den Bankrott des Kommunismus nachzuweisen.

Staatsfreisch in Paraguay

Buenos Aires, 31. Oktober.

Aus Muncion, der Hauptstadt von Paraguay, wird gemeldet, daß Präsident Gondra zugunsten des Vizepräsidenten Falsa abgedankt habe. Diese Abdankung wird als Folge der revolutionären Bewegung angesehen, welche von den Anhängern des Expräsidenten vorbereitet und von den militärischen Streitkräften und der Polizei unterstützt wurde.

Das Ende einer Illusion

„Der Zustand, der sich nun entwickeln wird, ist notwendig, weil wir erst lernen müssen, zu wirtschaften, was wir bisher nicht konnten. Laßt die Kapitalisten sich bereichern, ihr lernt inzwischen wirtschaften, und dann werdet ihr die kommunistische Republik begründen!“
N. Lenin.

Die obenstehenden Worte, die Lenin am 17. Oktober auf dem Allrussischen Kongress für politische Aufklärung sprach, sind gleichzeitig eine Bankrotterklärung und ein Programm. Eine Bankrotterklärung der kommunistischen Utopisten, die unter der Führung Lenins, Trotzki, Sinowjews das rückständige bäuerliche Russland mit Hilfe diktatorischer Zwangsmaßnahmen zum Kommunismus glauben führen zu können. Und gleichzeitig ein Programm der herrschenden Oberschicht der Sowjetbureaucratie, die sich nun mit der Bourgeoisie verbündet, um aus dem Zusammenbruch ihres ganzen Wirtschaftssystems wenigstens ihre beherrschende politische Stellung zu retten.

Die Bankrotterklärung Lenins datiert keineswegs von heute und von gestern. Schon im Frühsommer dieses Jahres proklamierte er in seiner Schrift „Ueber die Naturalsteuer“ eine neue Wirtschaftspolitik, die darauf hinausläuft, dem Kapitalismus in Stadt und Land Tür und Tor zu öffnen. Das einzige, was Lenin damals noch als wichtigste „kommunistische“ Errungenschaft retten wollte, war der Staatskapitalismus, den er als notwendige Vorstufe zum Kommunismus pries. Wehnlich äußert sich Lenin auch in einem Artikel zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, der in der Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ veröffentlicht ist. Nach zweieinhalb Spalten langen Behauptungen des Bolschewismus und Beschimpfungen der Menschewisten und Sozialrevolutionäre, die in merkwürdiger Verkennung der eigenen Rolle der Bolschewisten als „Laskaien der Bourgeoisie“ bezeichnet werden, heißt es dort zum Schluß:

„Unsere letzte und wichtigste, schwerste, am meisten zurückgeliebene Aufgabe ist der wirtschaftliche Aufbau, das ökonomische Fundament für das neue sozialistische Gebäude an Stelle des zerstörten feudalen und halbzerstörten kapitalistischen. Bei dieser wichtigsten und schwersten Arbeit haben wir am meisten Mißerfolge gehabt, am meisten Fehler gemacht. Wie sollten wir auch ohne Mißerfolge und Fehler dieses für die ganze Welt neue Werk beginnen! Wir haben es aber begonnen. Wir arbeiten daran. Gerade jetzt verbessern wir durch unsere „neue ökonomische Politik“ eine ganze Reihe unserer Fehler; wir lernen, wie das sozialistische Gebäude in einem Lande, wo die Kleinbauern überwiegen, ohne diese Fehler aufgeführt werden kann.“

Von der Welle der Begeisterung emporgehoben, nachdem wir zuerst die gesamtpolitische, darauf die militärische Begeisterung des Volkes geweckt hatten, rechneten wir darauf, unmittelbar durch diese Begeisterung eben so große (wie die gesamtpolitischen, wie die militärischen) ökonomische Aufgaben zu verwirklichen. Wir rechneten darauf, — oder, vielleicht ist es richtiger, zu sagen: wir beabsichtigten ohne genügende Berechnung — durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und kommunistische Art der Verteilung der Produkte im Lande der Kleinbauern in Gang zu bringen. Das Leben hat uns unsere Fehler gezeigt. Eine Reihe von Uebergangsformen: der Staatskapitalismus und der Sozialismus — waren nötig, um, durch eine Arbeit von vielen Jahren — den Uebergang zum Kommunismus vorzubereiten. Nicht unmittelbar durch die Begeisterung, sondern mit Hilfe des persönlichen Interesses, der persönlichen Interessiertheit, mit Hilfe der wirtschaftlichen Berechnung baut zuerst eine feste Brücke, die im Lande der Kleinbauern über den Staatskapitalismus zum Sozialismus führt; anders könnt ihr nicht zum Kommunismus gelangen, anders könnt ihr nicht Millionen und aber Millionen Menschen zum Kommunismus führen. So sprach zu uns das Leben. Dies sagte uns der objektive Entwicklungsprozeß der Revolution.“

Weiter entwickelt dann Lenin in sehr verschwommenen unklaren Ausdrücken die Idee der neuen Funktion des Sowjetstaates, der die Rolle des „Großhändlers“ gegenüber den vielen Millionen der Kleinbauern übernehmen müsse. Auf diese Weise glaubt Lenin, sein „kommunistisches“ Gewissen beschwichtigt zu haben. In Wirklichkeit ist er bereits auf eine Stufe mit den Theoretikern und Apologeten des Frühkapitalismus herabgesunken, denn ebenso wie diese preist er in den höchsten Tönen, „die persönliche Initiative“ und das „persönliche Interesse“, die allein den Weg zu höheren wirtschaftlichen Formen zu weisen vermögen.

Dieser Appell an das „persönliche Interesse“ ist nicht etwa eine theoretische Entgeißelung des Führers des russischen Kommunismus, sondern das notwendige Ergebnis der wahnwitzigen Wirtschaftspolitik, die die Kommunisten vier Jahre lang in Russland getrieben haben. Waren sie es doch, die durch den Mund eines ihrer Haupttheoretiker, Bucharin, verkündeten, daß das charakteristische Merkmal der kommunistischen Revolution — zum Unterschiede von der sozialverräterischen Revolution der Kautsky, Hilferding, Bauer usw. — in der völligen Zerstörung des bisherigen Wirtschaftssystems bestie. Diese Zerstörung, dann vollständiger Ruinbau von unten

tus! Den ersten Teil dieses Programms haben die russischen Kommunisten freilich gründlich besorgt. Nach der völligen Knebelung und teilweise sogar unter Ausrottung ihrer politischen Gegner, nach Unterbindung jeder Kritik, auch aus den Reihen des sozialistischen Proletariats, nach Aufrichtung des Willkürregiments einer kleinen privilegierten Oberschicht, die sich fälschlich als Trägerin der „Diktatur des Proletariats“ ausgibt, gingen die Kommunisten — ohne nitunter allerdings die Konsequenzen ihres Tuns zu erkennen — an die systematische Zerstörung aller Zweige der russischen Volkswirtschaft. Als aber das Zerstückte neu aufgebaut werden sollte, da erwies es sich, daß die Kommunisten weder die soziale Struktur Rußlands richtig erkannt hatten, noch in der Lage waren, unter den von ihnen geschaffenen Bedingungen der Gewalt, der Rechtslosigkeit, der Korruption, der Günstlingsherrschaft usw. die schöpferischen Kräfte der arbeitenden Klassen bei dem Werke des Neuaufbaues anzuleiten.

Angehts dieser Tatsachen berufen sich die Kommunisten in der Regel darauf, daß der imperialistische Krieg, die Blockade, der Bürgerkrieg usw. den wirtschaftlichen Neuaufbau Sowjetrußlands geheimnt hätten. Wir unterschätzen keineswegs die furchtbaren Auswirkungen dieser Faktoren in der Wirtschaftspolitik Rußlands. Das Entscheidende aber ist, daß die Kommunisten durch ihre irrsinnige Politik die verhängnisvollen Folgen des Krieges, der Blockade usw. nur noch verstärkten. Genau so wie viele Rechtssozialisten in den ersten Kriegsjahren den „Kriegssozialismus“ der Brotkarte als neueste Errungenschaft der sozialistischen Entwicklung priesen, so verherrlichten die russischen Bolschewisten den Kriegskommunismus der Sowjetregierung, mit seinen Requisitionen, Konfiskationen, außerordentlichen Kommissionen usw., als die höchste Errungenschaft der kommunistischen Weltrevolution. Bis dann plötzlich, und zwar in dem Augenblick, wo der Friede an allen Fronten geschlossen war und alle „Konterrevolutionäre“ getrieben am Boden lagen, das graue Elend da war. Es gab keine äußeren und inneren Feinde mehr, auf die man alle Sünden des Regimes, allen Hunger und alle Not abladen konnte; es gab keine zündende „nationale“ Parole mehr, um die Arbeiter und Bauern unter der Führung früherer zaristischer Generale gegen die äußeren Feinde ins Feld zu führen; es gab auch keine weltrevolutionäre Parole mehr, denn die selbstmörderische Arbeit des Moskauer Exekutivkomitees hatte die revolutionären Kräfte Westeuropas in einen Zustand der Lähmung und Verwirrung versetzt, während die Wirtschaftsverhandlungen mit England dazu zwangen, die Spekulationen auf künstlich entfachte nationale revolutionäre Erhebungen in Asien einzudämmen oder völlig zu liquidieren. Nun galt es vor allen Dingen, die desorganisierte Wirtschaft in Gang zu bringen, die zerstörten Produktivkräfte neu aufzubauen, die Produktion nicht bloß durch schon formulierte Dekrete von oben her zu regeln, sondern von unten auf zu organisieren. Dazu aber erwies sich die Bolschewisten völlig unfähig. Wiederum zeigte es sich, daß man mit Hilfe der Gewalt zwar eine politische Umwälzung durchzuführen und mit Hilfe der Diktatur ein politisches Herrschaftssystem eine Zeitlang aufrechterhalten kann, daß aber weder Gewalt noch Diktatur ausreichen, um eine grundlegende wirtschaftliche Umwälzung durchzuführen.

Diese Tatsache zeigt sich in Rußland um so trasser, als die Kommunisten den sozialen Charakter der russischen Revolution gründlich verkannt und dementsprechend auch die Rolle der verschiedenen sozialen Klassen falsch eingeschätzt haben. Von der Welle der Bauernrevolution emporgehoben, verließen sie ihren früheren marxistischen Standpunkt und gaben die alte, von ihnen bisher bekämpfte Parole der Agrarsozialisten von der Nationalisierung des Grund und Bodens aus. Zusammen mit dem rückständigen Bauerntum jagten sie dem Phantom des ausgehenden Bauernsozialismus nach — um dann nach mehrjährigen Experimenten vor dem bäuerlichen Eigentumssozialismus zu kapitulieren. Zusammen mit einem Teil der proletarischen Klasse, die von ihrem politischen Sieg berauscht war, jagten sie dem Phantom der sofortigen Verwirklichung des Kommunismus nach — um nun, nach vierjährigen Irrungen und Wirrungen, vor dem Kapitalismus und vor der Sowjetbourgeoisie zu kapitulieren.

Und die russische Arbeiterklasse? Diese trägt aus allen diesen Kämpfen und Umwälzungen die geringsten Errungenschaften davon. Vier Jahre lang hat sie an allen Fronten ihr Blut vergossen, ist mit Begeisterung allen kommunistischen Parolen gefolgt, um nun entkräftet, desorganisiert, auf einen Bruchteil ihres früheren Bestandes dezimiert, als Spielball der Sowjetgewaltigen zu dienen. Im Namen des Proletariats wird zwar die „Diktatur“ ausgeübt, aber, abgesehen von einer kleinen Schicht, die in die Reihen der Sowjetbureaucratie emporgerückt ist, ist das Proletariat nur das Objekt dieser angeblich proletarischen Diktatur. „Rechte“ hat es nur, soweit es sich den Gewalthabern willenlos fügt; sonst wird jede Kritik und jede Auflehnung mit den schärfsten Strafen gesühnt. Keine Presse, kein Versammlungsrecht, keine selbständigen Organisationen, keine Kontrolle über die Tätigkeit der Sowjetgewaltigen, hunderte alter erprobter Kämpfer in den Gefängnissen — das ist das Bild der proletarischen Freiheiten im kommunistischen Sowjetparadies. Wahrlich, die schlimmsten Gegner des Sozialismus hätten keine schlimmere Karrikatur auf den sozialistischen Staat schaffen können, wie sie von den Kommunisten im heiligen Rußland geschaffen worden ist!

Zu allen diesen Mäuten kommt nun, im Gefolge der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung, eine noch größere wirtschaftliche Verklammerung der russischen Arbeiterklasse. Schon wird überall laut Beschluß der allrussischen Tarifkonferenz die Akkordarbeit eingeführt. Das bedeutet nach der Erklärung des offiziellen Organs der Gewerkschaften Lud (Nr. 179) die faktische Aufhebung des Achtstundentags. Ferner werden Stimmen laut, daß die Sowjetregierung ihre Haltung in der Arbeitslosenfrage ändere und die Arbeitslosenfürsorge zum „ökonomischen Druck auf den Arbeitsmarkt“ ausnützen müsse. Diese Forderung ist vom Standpunkt des Staatskapitalismus durchaus konsequent. Denn wenn der Staat dem Privatkapitalismus Tür und Tor öffnet und selbst mit ihm konkurrieren muß, so ist er naturgemäß darauf bedacht, soviel wie möglich aus dem Betrieb herauszuwirtschaften. Sowie geht er nun in der Richtung des geringsten Widerstandes vor und wendet sich, da das Proletariat aller eigenen Organisationen beraubt ist und keinen Widerstand leisten kann, vor allen Dingen gegen die Arbeiterklasse.

Hier schließt sich der Ring der innerpolitischen Entwicklung des Sowjetstaates. Die Arbeiterklasse, angeblich zur Herrscherin über Sowjetrußland erhoben, ist jetzt zum Sklaven des Sowjetstaates degradiert. An diesem Punkte muß aber auch die Umkehr kommen. Langsam aber

sicher wächst in den Reihen des russischen Proletariats die Erkenntnis, daß es das Opfer einer Illusion und einer von Grund aus verkehrten Politik geworden ist. In dem Maße, wie diese Erkenntnis wächst, kehrt die russische Arbeiterklasse trotz der von den Bolschewisten aufrechterhaltenen geistigen Quarantäne, trotz Kerkerstrafen, Erschießungen usw., zu dem klaren, jedem Utopismus feindlichen Standpunkt der „sozialverräterischen“ Menschewisten zurück und sammelt seine Kräfte, um bei der nicht mehr aufzuhaltenden Liquidation des bolschewistischen Experiments wenigstens einen Teil der Errungenschaften der russischen Revolution zu retten.

Proteste

Der Wortlaut der Note, mit der die Bolschewistenkonferenz die deutsche „Rechtsverwahrung“ zurückweist, ist noch schärfer, als es die ersten Ankündigungen in der französischen Presse vermuten ließen. Der Protest der deutschen Regierung wird als null und nichtig bezeichnet, und die Entente beschränkt sich auf die Entgegennahme der bedingungslosen und vorbehaltlosen Unterwerfungserklärung.

Wenn die Entente dabei erneut betont, daß ihre Entscheidung im Einklang mit dem Friedensvertrag stehe, so müssen auch wir noch einmal daran erinnern, daß diese Behauptung zwar zutrifft, soweit die Grenzänderung in Frage kommt, daß sie aber angesichts der wirtschaftlichen Bestimmungen nicht aufrechterhalten werden kann. Warum man nach unserer Ansicht sich trotzdem gegen die Verhandlungen über das in der Note vorgesehene wirtschaftliche Abkommen nicht sperren durfte, haben wir oft genug auseinandergesetzt, und nicht minder haben wir immer wieder auf die praktische Bedeutungslosigkeit der Rechtsverwahrung hingewiesen.

Der vollsparteiliche Abgeordnete A h l hat im Reichstag ganz mit Recht über die große Zahl von deutschen Protesten gespottet, mit denen sich ein Museum füllen lasse. Aber um den Freunden des Abgeordneten Kahl und den Deutschnationalen entgegenzukommen, hielt die Regierung es für notwendig, der Sammlung noch ein weiteres Stück hinzuzufügen. Und nicht einmal damit hat sie die Protestpolitik zufriedengestellt. Sie wollten noch mehr, sie verlangten eine formulierte Entrüstungskundgebung des Reichstags, und sie führen jetzt bitter darüber Klage, daß die Mehrheit des Parlaments diese Gesetze für überflüssig erachtet hat.

Herr Hergt meinte in einer Rede zu Stuttgart, die Resolution habe das „große Ziel für die Zukunft“ aufgestellt und die „Grundlage für unsere Wiedergewinnungspolitik“ geschaffen, und der Reichstagskanzler, der dem Zentrum gegenüber den Antrag als unannehmbar bezeichnete, habe Ziel und Grundlage verraten. Herr Stresemann, der sich in Karlsruhe an Wirth rief, schloß „jedes Verständnis dafür, daß der Reichstag die Protesterklärung abgelehnt habe. Er verweist an dem politischen Sinn eines Volkes, das sich in einer solchen Stunde nicht zu einer Kundgebung habe aufschwingen können.

Als ob politischer Sinn sich in Kundgebungen erweise, deren Unfruchtbarkeit von vornherein feststeht, und als ob die Wiedergewinnung verlorengegangenen Landes gesichert wäre, daß eine flammende Resolution nach dem Herzen derer angenommen wird, die an dem Verlust die Hauptschuld tragen!

Der Reichstagskanzler sollte sich dazu beglückwünschen, daß er nicht den Beifall dieser Lärmpolitiker findet, und er sollte recht kühl die Versicherung des Herrn Stresemann entgegennehmen, daß er nach wie vor die Idee der großen Koalition vertritt.

Alldeutsche Diktaturgelüste

Der Rechtsanwalt Clah, Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, hat das Mittel zur Heilung aller deutschen Nöte gefunden. Es besteht in der Einsetzung einer persönlichen Diktatur. Der Alldeutsche sucht nach einem Vorbild in der Geschichte und er findet es in dem solonischen Athen einige Jahrhunderte vor Christi Geburt.

Jetzt heißt es erkennen, daß die Rettung allein auf eine Art gesehen kann, wie Athen sie zeigte — wir heutigen nennen das mit einem Ausdruck des römischen Staatsrechts die Diktatur. Darunter versteht man jene Form der Staatsleitung, die in ihren Maßnahmen unabhängig ist von der Mitwirkung einer Volksvertretung, indem sie die gesamte Staatsmacht uneingeschränkt ausübt — einschließlich der Gesetzgebung. Es ist klar, daß „Diktatur“ in diesem Sinne nur das Wort dem römischen Staatsrecht entlehnt, daß der Inhalt aber ein wesentlich anderer ist als in Rom — umfassender nach Dauer und Macht. Wenn wir in diesem Sinne die „Diktatur“ verlangen, so gehen wir von der Überzeugung aus, daß in solchen Fällen nur der stärkste Wille im Lande mit tiefster Einsicht und schöpferischer Kraft das Notwendige tun kann — und auch nur dann, wenn er frei von Hemmungen durch minder Starke und minder Einsichtige ist.

Nun bleibe nur noch die Frage zu beantworten, wer nach Meinung des Herrn Clah der Mann ist, der stärksten Willen mit tiefster Einsicht verbindet. Ludendorff, Heiserlich, Hergt, Kahr — oder am Ende Herr Clah selbst?

Der Streit um Gehler

In einer am Freitag in Frankfurt a. Main gehaltenen Rede wiederholte Rathenau seine schon zuvor in Mannheim abgegebene Erklärung, daß er auf ausdrücklichen Beschluß der demokratischen Fraktion zurückgetreten sei. Als hierauf aus der Versammlung heraus der Ruf „Gehler“ erscholl, sagte Rathenau nach der rechtssozialistischen „Frankfurter Volksstimme“ wörtlich:

„Ich hätte es für ein großes Unglück gehalten, wenn Gehler ausgeschieden wäre und ihm die verdienstlichen Männer in der Armee folgen würden.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ hebt ausdrücklich hervor, daß ihr dieser Satz von zwei völlig unabhängigen Seiten zugegangen ist und daß ein Hörfehler nicht vorliegen kann. Damit hat also Rathenau bestätigt, daß die „verdienten Männer in der Armee“ mit ihrem Rücktritt gedroht haben und daß das Dementi der Regierung nicht stichhaltig ist, um so mehr, als auch rechtsstehende Blätter bei der Neubildung der Regierung zu melden wußten, daß Gehler „auf sehr dringliche Vorstellungen, die man verstehen kann“, in der Regierung geblieben sei. Der „Vorwärts“ aber mußte zugeben, daß man sich „nicht leichtens Herzens“ mit der Befassung Gehlers abgefunden habe, jedoch hätten „in der jetzigen Situation gewisse Opportunitätsgründe gegen einen Wechsel in der Bendlerstraße“ gesprochen. Die „Frank-

furter Volksstimme“ zitiert aus Anlaß der Rede Rathenaus nachträglich diese Sätze und fragt neugierig:

„Was waren das für „gewisse Opportunitätsgründe“, die unsere Fraktion veranlaßten, wenn auch nicht „leichtens Herzens“, den Mann zu halten, von dem es heißt, daß die Führer der Reichswehr sich „lebhaft für ihn eingesetzt“ hatten. Heraus mit der Sprache! Der „Vorwärts“, der die Gründe kennen muß, da er zugibt, daß sie stichhaltig sind, hat jetzt die Verpflichtung, sich der aufgehenden Menschheit zu offenbaren.“

Wir erwarten, daß der „Vorwärts“ seinen eigenen Parteifreunden die Antwort nicht schuldig bleibt. Geheimnisfrämerei ist in dieser wichtigen Angelegenheit nicht am Platze. Die Arbeiter müssen wissen, was in der Reichswehr vor sich gegangen ist, denn sie sind, die die Republik zu schützen haben.

Paßverweigerung

Genosse Breitheid hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

„Mit der Regierung bekannt, daß die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen dem bekannten dänischen Dichter Andersen-Nezö, der sich keiner angegriffenen Gesundheit wegen den Winter über zu Überlingen am Bodensee aufhalten wollte, die Einreiseerlaubnis verweigert hat?

„Hat die Gesandtschaft den Paß eigenmächtig verweigert oder handelte sie auf Anweisung der Zentrale?

„Welches waren die Gründe, einem erholungsbedürftigen Autor, dessen Werke in Deutschland einen großen Leserkreis gefunden haben, die Einreiseerlaubnis zu verweigern?

„Wahrscheinlich ist der Grund der Paßverweigerung darin zu suchen, daß Andersen-Nezö, der Verfasser von „Pelle der Eroberer“, „Stine Menckenskind“ und anderen wertvollen Büchern kommunistischen Anschauungen huldigt. Gespannt darf man nur sein, ob die Regierung diesen Grund angeben wird.“

Eine zeitgemäße Verordnung

Bekämpfung der monarchistischen Wahrzeichen

Die sächsische Regierung hat verordnet, daß alle Behörden ihrem zuständigen Ministerium bis 1. November anzuzeigen haben:

1. ob in den Anschriften an den Außenstellen oder im Innern der Dienstgebäude sich noch die Bezeichnung „königlich“ befindet und welche Hoheitszeichen der früheren monarchischen Staatsgewalt die Dienstgebäude sonst noch aufweisen; 2. aus welchen Gründen die Entfernung der Inschriften und Hoheitszeichen bisher unterblieben ist; 3. wie hoch sich die Kosten für ihre Beseitigung belaufen und soweit nötig, ein Gutachten der zuständigen staatlichen Hochdienststelle bzw. einen Kostenschlag beizufügen. Weiter sollen die Behörden sofort Sorge dafür tragen, daß in den Dienstgebäuden aus allen Amtsstuben, Verhandlungs- und Wartezimmern, Gängen und dergleichen alle Bilder und Wäfen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser und sonstigen monarchistischen Erinnerungszeichen entfernt werden, und zwar auch, soweit sie Privateigentum von Beamten sein sollten. Künstlerisch wertvolle Stücke aus staatlichem Besitz sind einem Museum zu überweisen.

Die Verordnung wird in Sachsen freudig begrüßt, ungeachtet dessen, daß die Monarchisten jeglicher Färbung über „unnütze“ Ausgaben, die durch die Ausführung entstünden, das bekannte Geschrei anstimmen. Das Vorgehen in Sachsen erinnert daran, was auch in anderen Bundesstaaten dringend zu fordern ist.

Neuregelung der Beamtenbefoldung

W.B. teilt mit: „Ueber die Frage des Neuaufbaues des Befoldungswesens und die wegen der weiter eingetretenen Teuerung für die Beamten zu treffenden Maßnahmen haben die seit mehreren Tagen geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Beauftragten der Spitzenorganisationen zu einer Verständigung geführt. Wenn auch die Wünsche der Beamtenorganisationen nicht restlos erfüllt werden konnten, so wurde doch eine Erhöhung der Grundgehälter zugestanden, die sich als notwendig erweisen hat, weil sonst die wachsenden Teuerungsbezüge in ein zu krafftes Mißverhältnis zu den festen personellen Bezügen gekommen wären. Auch der Ortszuschlag und der Kinderzuschlag sollen wesentlich erhöht werden. Dagegen kann der Teuerungszuschlag wieder in ein gesundes Verhältnis zu den Grundbezügen gebracht werden; es ist ein Satz von 20 Prozent vorgegeben. Der durch diese Maßnahmen erwachsende Mehraufwand ist ein erheblicher, aber wegen der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse unvermeidlich. Der Beamtenstand des Reiches und der Länder wird durch die vereinbarten Verbesserungen, die mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 gewährt werden sollen, eine wesentliche Hilfe in ihrer derzeitigen Notlage zuteil. Alle beteiligten Faktoren sind sich darüber einig, daß die Mehraufwendungen an die Beamtenchaft mit größter Begeisterung ausgeführt werden sollen. Die Reichsregierung wird die Gesetzentwürfe den gesetzgebenden Körperschaften ungesäumt unterbreiten. Ueber die für die Angestellten und Arbeiter vorzunehmenden Verbesserungen wird unverzüglich im Anschluß an die Beamtenverhandlungen verhandelt werden.“

Berhaftungen im Falle Auer

III. München, 31. Oktober.

Im Laufe des gestrigen Sonntags wurden in München fünf Personen im Zusammenhang mit dem nächtlichen Anschlag auf den Abgeordneten Auer festgenommen.

Nachforschungen haben weiter ergeben, daß die Täter am Tatort die Straßenlaternen auslöschten, um die Dunkelheit künstlich zu erhöhen.

Kleine Nachrichten

Ein Begnadigungsgeheiß der Paszisten. Auf Betreiben des Bundes Neues Vaterland ist den leinertzeit in Bonn wegen Verschmelzen des Kaiser-Wilhelm-Denkmal mit roter Farbe zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilten Arbeiter Mannero, Borch und Jungermann ein Teil der Strafe mit bedingter Begnadigung erlassen worden.

Ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister in Herford. Die Stadtverordneten von Herford wählten mit 26 Stimmen den sozialdemokratischen zweiten Bürgermeister Osmer zum ersten Bürgermeister an Stelle des ermordeten Oberbürgermeisters Busse. 13 Deutschnationalen und Deutsche Volksparteiler hatten für den Bürgermeister Dr. Salge (Salzweil) gestimmt.

Papiernot. Die allgemeine Rohstoffnot hat auch zu einer Störung der Papierverfertigung geführt, unter der die großstädtischen Zeitungsvertriebe bereits zu leiden beginnen. Dazu kündigt sich bereits sehr deutlich eine erhebliche Preissteigerung für Zeitungsdruckpapier an. Der Anstieg dazu ist durch eine vorerst noch beherrschbare Steigerung der Preise bereits eingetreten, aber es ist sicher, daß es dabei nicht bleibt. Neue und größere Steigerungen werden folgen.

Die italienischen Eisenbahner gegen Moskau. Der Vorstand der italienischen Eisenbahner hat sich gegen die Moskauer Gewerkschaftsinternationale ausgesprochen, da diese eng mit der dritten kommunistischen Internationale verbunden sei.

Bethmann gegen Ludendorff

Der frühere Reichszugler Bethmann Hollweg ist durch einen jähen Tod verhindert worden, den zweiten Teil seines Buches „Betrachtungen zum Weltkrieg“ fertig zu stellen. Sein Sohn Felix hat nun den Nachlass zusammengefaßt und ihn Joeben der Öffentlichkeit übergeben. Bethmann Hollweg wird in diesem Buche zu einem Aufklärer der Obersten Heeresleitung. Wir erfahren wieder einmal authentisch, wie die Oberste Heeresleitung die Zügel der Politik an sich riß, jede Friedensmöglichkeit in den Wind schlug und völlig verblendet, mit geradezu graulamer Konsequenz jenen Weg der militärischen Diktatur beschritt, der zwangsläufig den Zusammenbruch heraufbeschworen mußte. Wir beschränken uns für heute auf die Wiedergabe einiger markanter Stellen des Buches und behalten uns eine eingehende Würdigung vor. Die Lüge vom Dolchstoß wird durch Bethmann Hollweg widerlegt. Ueber den Zusammenbruch schreibt er:

„Vier Jahre lang hat sich Deutschland an der Seite seiner Verbündeten gegen eine sein Lebensmark ausschöhlende Blockade und gegen eine vielfache Weltübermacht mit wuchtigen Schlägen behauptet. Verlagt hat seine Widerstandskraft erst, als, von dem Zusammenbruch seiner Bundesgenossen begleitet, amerikanische Kriegshilfe das feindliche Übergewicht an Menschen und Material zum Ueberquellen brachte. Einer Koalition, der eine Bevölkerung von 878 Millionen die Streiter stellte, die frei über die Kriegsmittel fast der gesamten Welt verfügte, sind die nahezu hermetisch abgeschlossenen Zentralmächte mit ihren 143 Millionen Menschen nach heiligem Ringen zum Opfer gefallen. Das ist der weltgeschichtliche Vorgang... Zusammengebrochen sind Armee und Heimat erst, als der große Endkampf, in den sie voll Mut und Zuversicht und in unerschütterlichem Glauben an ihre Heerführer gezogen waren, urplötzlich mit einer Riesenenttäuschung endete. Volksmassen ertragen es nicht, daß die lauten Siegesfanfaren von gestern heute von dem Schredenorger abgelöst werden: Hannibal vor den Toren!“

Wie Ludendorff bestrebt war, den Kanzler auszuschalten und die politische Alleinhererschaft an sich zu reißen, was ihm schließlich ja auch gelang, wird von Bethmann Hollweg wie folgt dargestellt:

„Es gab kaum eine Frage der Politik, in der er für die Oberste Heeresleitung nicht allein die Mitwirkung, sondern auch die Entscheidung verlangte. Begründet wurde die militärische Ingerenz fast durchgehend mit der Erklärung, daß sonst der Krieg verloren gehe und der Feldmarschall v. Hindenburg die Verantwortung nicht länger tragen könne. Dabei lag, jedenfalls seit der Erkrankung, die den Feldmarschall im Winter 1916/17 befallen hatte, die eigentliche Entscheidung weniger bei diesem, als beim General Ludendorff. Anknüpfend mit der Adoption persönlicher und geschäftlicher Verkehrsformen, die geordnete Zusammenarbeit fast ausschlossen, sich steigend von Nichtunterstützung zu Bekämpfung der politischen Leitung, haben die Verhältnisse in der Julikrise 1917 zu einem Regime geführt, das die Alleinhererschaft der militärischen Leitung außer Zweifel stellte... Krieg drängt nach Diktatur, und wenn keine oberste Stelle in voller Freiheit der Entscheidung die an sich unermesslichen Reibungen zwischen militärischer und politischer Leitung aufzuheben vermag, werden militärische Präntationen nicht ausbleiben. Die Diktatur aber, die General Ludendorff anstrebte, ließ, indem sie den Reichskanzler zum ausführenden Organ seiner eigenen Entschlüsse machen wollte, unsere staatliche Ordnung um. Heiliger wäre sie für Deutschland nur gewesen, wenn sich militärischer Tatkraft überlegene politische Weisheit gefolgt hätte.“

Von den Wortführern der Ludendorffpolitik wird ständig behauptet, das Heer habe während des Krieges nicht das erhalten, was es zu einem streitbaren Ende gebrauchte. Bethmann stellt demgegenüber fest:

„Auch die summarische Behauptung ist nicht diskutierbar, daß die politische Leitung dem Kriege nicht gegeben habe, was zur Kriegführung nötig gewesen sei. Unbestritten hat die Heeresleitung über Menschen und Material verfügt. Und innerhalb des Menschenmöglichen hat das Volk physisch und moralisch hergegeben, was das Militär verlangte. Unerkennliche Erschütterungen sind während meiner Amtszeit Ausnahmen gewesen, die die Gesamtleistung nicht berührten. Entscheidend ist ausschließlich, ob der Feldmarschall v. Hindenburg und der General Ludendorff den Krieg militärisch so haben führen können, wie sie es für nötig hielten. Das ist der Fall gewesen. Zu dem Tage, an dem sie ihn verlangten, ist ihnen der U-Boot-Krieg bewilligt worden. Zu Wasser und zu Lande haben sie frei und unbehindert disponiert.“

Von besonderer Bedeutung ist auch die Darstellung Bethmanns über den Kanzlersturz im Juli 1917. Anfang Juli 1917 kamen einflussreiche Offiziere der Obersten Heeresleitung, darunter Oberst Bauer, nach Berlin. Sie traten mit den Führern der parlamentarischen Parteien in Verbindung und forderten in Gesprächen die Beseitigung des Kanzlers Bethmann-Hollweg. Trete dieser nicht zurück, dann halte Ludendorff den Krieg für verloren. Am 11. Juli traf auch der Kronprinz in Berlin ein und nahm an den Besprechungen mit den Parteiführern teil. Oberst Bauer führte dabei, in einem Nebenraum verhehrt, das Protokoll. Bethmann berichtet dann weiter:

„Am Nachmittage des 12. war ich zum Vortrag beim Kaiser in Schloß Bellevue. Seine Majestät erörterte mit mir zunächst die Frage der Friedensresolution, deren Tenor er telephonisch der Obersten Heeresleitung mitteilen ließ. Nach vor Abschluß dieser Sache meldete der Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät, daß nach einer Joeben aus Kreuznach telephonisch eingetroffenen Nachricht Abschiedsgesuche des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorffs unterwegs seien. Der Abschied werde damit begründet, daß beide Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Auf die erhaltene Meldung kennzeichnete Seine Majestät in meiner Gegenwart scharf und bitter die unerträgliche Stellung, in die er als Monarch durch dieses Ultimatum seiner obersten Generale gedrängt werden sollte. Er befahl deren schleunigstes Kommen nach Berlin. Meinerseits erklärte ich, daß eine Entlassung der beiden so verdienstreichen und von dem einmütigen Vertrauen der Nation getragenen Heerführer selbstverständlich ausgeschlossen sei, und beendete meinen Vortrag. Am nächsten Morgen reichte ich mein Abschiedsgesuch ein.“

Bethmann ging. Sein ferneres Bleiben hätte zwar der Obersten Heeresleitung auch keinerlei nennenswerte Schwierigkeiten verursacht, da Bethmann eine schwache Natur war und in allen Streitfragen mit der Obersten Heeresleitung dieser das letzte Wort und damit die Entscheidung überließ. Aber faktisch fand die Oberste Heeresleitung nunmehr nicht einmal mehr eine Stelle, die ihr in politischen Fragen wenigstens dem Scheine nach widersprochen hätte. Sie hatte freie Hand und führte das Unheil um so sicherer herbei.

Wenn die deutsche Front schon erdolcht worden ist, dann nur durch den Stolz der militärischen Führer. Das ist die letzte Erkenntnis, die auch aus dem Buche Bethmann-Hollwegs zielfar hervorgeht.

Der Kampf im Gastwirtsgewerbe

Ausflüchte der Unternehmer

Die streikwütigen Unternehmer haben am Sonntag das vom Demobilisierungskommissar vorgeschlagene Schiedsgericht auch für den Fall abgelehnt, daß es aus Fachleuten bestehen und nur unter unparteilichen Vorsitzenden tagen sollte. Das steht im letzten Widerspruch zu ihren früheren Hinweisen, die besagen, daß auch das Publikum als Interessent in diesem Streite zu seinem Recht kommen müsse.

Ein besonders intelligenter Gastwirt machte bei dieser Gelegenheit „weltpolitische“ Ausführungen, über die wir bereits im gestrigen Abendblatt berichteten. Da die betreffende Deuchte eines Gastwirtes die Intelligenz des Chinesentums gering einschätzte, so ist nur zu sagen, daß der letzte chinesische Kuli den geistigen Weltkampf mit diesem Mann bestehen könnte.

Die Herren vom Schlichtungsausschuß, vom Arbeitsministerium, vom Polizeipräsidentium, vom Oberpräsidium und von der Demobilisierungsstelle Groß-Berlin, kurz von allen Behörden, deren Eingreifen die Wirte bisher abgelehnt haben, werden von dieser Einschätzung gewiß sehr erbaunt sein! Sie schließt sich anderen Aussprüchen (Die Behörden können uns sonst was! — Der Demobilisierungskommissar ist nur der Knecht der Arbeitnehmer) würdig an. Wie steht es nun aber mit den Fachleuten unter den gastwirtschaftlichen Unternehmern selbst aus?

Daß mehr als 50 Prozent von den Wirten Fachleute seien, behaupten sie selbst nicht. Tatsächlich dürfte der Prozentsatz nach erheblich kleiner sein. Unter denen aber, die in den Organisationen das Heft in Händen halten, ist die Anzahl der Fachleute noch viel geringer. Wortführer ihrer Verhandlungskommission ist z. B. ein — Rechtsanwalt, dem anscheinend Mangel an beruflicher Betätigung zu diesem Erwerb geführt hat. Neben ihm amtiert der bekannte Renegat Herr Slepsgardh, der früher Serringe und Petroleum verkaufte. Früher führte er bald gelbe, bald freigemeinschaftliche Arbeitnehmerorganisationen und in Dresden gab er den streikenden Angestellten den Rat, „die Faust aufs Auge und das Knie auf die Brust“. Vor dem Kriege besaß er sicher nichts und nennt er sich nun „Casötter“. Zu dieser Würde kam er durch die dritte Hauptperson, den Casötter Segewald, der früher Massieur, dann Detektiv und noch einiges andere war. Der Gastwirt Obiglio betätigt sich früher als tüchtiger Metallarbeiter; Herr Stüber ist Casötter und Fachmann neuesten Datums, die Herren Lippisch, Schüler, Wonda usw. — alles Mitglieder der Tarifkommission — sind ebenfalls aus anderen Berufen in das Gastwirtsgewerbe gekommen. An „Chinesen“ ist also unter diesen Herrschaften, die nur der Geldsack eint, kein Mangel, und daher kommt es auch, daß sie genau so „vernagelt“ sind wie ihre „geöffneten“ Betriebe.

Unerfütterliche Front

Von welchem Kampfesgeist die Streikenden erfüllt und befeelt sind, zeigt folgender Bericht:

Am Sonntag, den 30. Oktober, fand in den Sophiensälen eine gutbesuchte Versammlung der Angestellten der Wschinger Aktiengesellschaft statt. Saal und Galerie waren bis zum letzten Platz besetzt. Der Vorsitzende des Wschinger Betriebsrates gab ein umfassendes Bild über die Streiklage. Nach ihm sprach der Vorsitzende des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeeangestellten von Groß-Berlin Brüge, der mit äußerster Schärfe die Streikbrecher verurteilte und auf das Verhalten der Arbeitgeber in Bezug auf das Schiedsgericht hinwies. Er betonte hierbei, daß das Bewußtsein der Unternehmer über ihre ungerechten Forderungen sie veranlaßt hätte, das Schiedsgericht, wie es vorgeschlagen war, abzulehnen. In der Diskussion traten alle Redner für ein weiteres Durchhalten im Kampfe bis zum endgültigen Siege ein, eine Tatsache, die durch Beifallsbekundungen unterstrichen wurde. Die Versammelten waren der Auffassung, sich durch kein Mittel verlocken zu lassen, wieder in die Betriebe zu gehen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Eine Ahtzigjährige

Am 1. November vollendet Frau Minna Cauer ihr achtzigstes Jahr. Sie kann an diesem Tag auf ein Leben zurückblicken, das reich an Arbeit und Kampf war. Mit ihrer ganzen Person hat sie sich für die Forderungen ihres Geschlechts durchgesetzt, immer der Zeit vorausweisend, immer neue Wege suchend.

Sie stand nicht in den Reihen der Sozialdemokraten, aber sie erkannte sehr gut, daß die endgültige Befreiung der Frau nur durch den Sieg des Sozialismus kommen kann. Der Kampf führte sie oft an die Seite der Sozialisten gegen die Schicht, aus der sie stammt und in der sie lebt. Nicht nur, wenn es sich um die politischen Rechte handelte, auch auf dem Gebiet der Schulkriegführung für Arbeiterinnen, der Fürsorge für Mutter und Kind, ja selbst auf dem der Mädchenerziehung lehnten die bürgerlichen Parteien die von ihr vertretenen Forderungen ab, oder vermaßerten sie bis zur Unkenntlichkeit. Wenn Frau Cauer heute von bürgerlichen Frauen und Männern gefeiert wird, so mögen ihre Gedanken wohl nicht ohne Bitterkeit zu der Zeit zurückgehen, wo sie bei dem gesamten Bürgerstum, mit wenig Ausnahmen, im besten Falle Gleichgültigkeit oder höfliche Ablehnung für ihre Ideen fand. Sie hatte sich schon für die wirtschaftliche und politische Befreiung der Frau eingesetzt, als die Bourgeoisie jedem Versuch der Frauen, vorwärts zu kommen, harten Widerstand entgegensetzte, und an der Umwehr der „Ganzpierten“ beteiligten sich auch die eigenen Geschlechtsgenossinnen.

Minna Cauer war dem Zeitempfinden immer ein wenig voraus. Sie war unter den ersten, die für eine grundlegende Wandlung der Mädchenerziehung eintrat. Sie förderte die Mitwirkung der Frau in der sozialen Arbeit, aber als es dann fast Mode wurde, die jungen Mädchen zur Hilfslosigkeit vorzubereiten, stand sie schon mitten im Kampf für das politische Frauenwahlrecht. Wegen dieser „Verliegenheit“ wurde sie ebenso wie ihre Mitarbeiterinnen sehr oft gerade von den Frauen ein wenig spöttisch und über die Achsel angesehen, die inzwischen das Gebiet besetzen konnten, das Minna Cauer und andere für sie vorbereitet hatten. Diese Frauen, die in den neu eröffneten Berufen arbeiteten, wollten nichts von Propaganda und Kampf hören — sie vergaßen, daß ihr Aufstieg ebenfalls auf Propaganda und Kampf beruhte. Das politische Wahlrecht kümmerte sie wenig. Heute, da die Revolution es ihnen in den Schoß geworfen hat, üben sie es mit einer Selbstverständlichkeit aus, als ob es durch ihre Arbeit gewonnen worden wäre.

Das politische Wahlrecht der Frau, das Hauptziel Minna Cauer, wurde nicht durch den Kampf der Frau erzwungen. War also ihre Arbeit überflüssig? Nein. Denn sie hat einen wenn auch nicht allzu großen Kreis von bürgerlichen Frauen zu politischem Denken erzogen und sie für den politischen Kampf reif gemacht.

Minna Cauer hat stets das betont, was die proletarischen und die bürgerliche radikale Frauenbewegung gemeinsam sollten. Nie hat sie sich zu einem Kampf gegen das Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen mißbrauchen lassen. Die sozialistischen Frauen grüßen sie heute, weil sie die Frau hochschätzte, die unbekümmert um die Ablehnung ihrer Kreise den Weg ging, den sie als richtig erkannt hatte. Sie kämpfte für eine Idee, deren Ver-

wirklichkeit auch heute noch nicht erreicht ist. Sie ging eine gute Strecke mit uns, und sie war eine tapferere Kämpferin um die Befreiung der Frau.

Der Kampf um die Schule

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags ist die Generalausprache über den Kultusetat zu einem Kampf um den Geist in der Schule geworden. Die Nationalisten fühlen sich gestärkt durch die Personalpolitik des Ministers Becker. Seine Haltung regt die Monarchisten an, die Anhänger der Republik zu tyrannisieren und aus ihren Stellungen zu verdrängen, und sie tun das an verschiedenen Orten mit Erfolg. Die Redner der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen fordern freimütig, daß die Schule ein Werkzeug des Nationalismus, ein Erziehungsmittel für die kommende große Aufgabe des Krieges werde.

Der Kultusetat empfand das anscheinend nicht als etwas Falsches, sondern nur sehr peinlich für sein Ansehen bei den Rechtssozialisten, die er wohl als bündige Regierungspartei betrachtet. Er nimmt deshalb Stellung, aber nicht für das soziale Gemeinschaftsideal in der Schule, für den Geist der Völkerverständigung, sondern zu der Schulreform, die keine Einheitschule bringen kann, für die Umgestaltung der Lehrerbildung, die die Differenzierung der Lehrerschaft ausrechterhält.

Genosse Kleinspehn nahm in schärfster Form zu all den Fragen Stellung. Die Schulreform in reaktionärer Form kann und wird der Arbeiterklasse nicht genügen, sondern nur eine Schulrevolution, die eine Schule schafft, die die Erziehung aufbaut auf Menschlichkeit und sozialer Verantwortlichkeit. Die Grausamkeiten, die in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses über die Vorgänge in Mitteldeutschland festgestellt wurden, zeigen ja wieder erneut, wohin die Erziehung „im nationalen Sinne“ führt. Genosse Kleinspehn weist darauf hin, wie die Pflege des internationalen Gedankens uns allein wieder mit der Welt verbinden kann. Gegenüber dem intellektuellen Hochmut verschiedener bürgerlicher Redner, die darauf hingewiesen hatten, daß nur die deutsche Wissenschaft den Wiederaufbau Deutschlands sichern könne, betonte Genosse Kleinspehn, daß nur durch Arbeit im sozialistischen Geiste die Wiederaufrichtung Deutschlands in kulturellem und sozialem Sinne erfolgen könne. Kleinspehn forderte dann weiter eine schnelle und scharfe Anweisung des Ministers an die Schule zur Pflege des Geistes der Völkerverständigung. Daß Herr Becker der Garant eines solchen Geistes sein könne, ist nach den bisherigen Erfahrungen allerdings nicht anzunehmen. Auf die Frage des Genossen Kleinspehns, was mit den Fachmännern in der Schule, den Rädern am Geist der Jugend geschehen soll, hat der Minister noch keine Antwort erteilt.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Lenkmittelfreiheit muß schnellstens eingeführt werden, soll bei den vielhundertfachen Steigerungen der Lernmittelpreise zu Ostern nicht eine Katastrophe über die Schule hereinbrechen, denn es werden nur wenige Erwerbstätige in der Lage sein, bei diesen Preisen die Bücher für ihre Kinder kaufen zu können. Wir erwarten, daß unser Antrag auf Durchführung der Lernmittelfreiheit angenommen wird.

Die Ursachen der Dampferkatastrophe

Falscher Kurs des Dampfers „Kaiser Wilhelm“ — Trunkenheit an Bord

Nur 30 Personen gerettet

Bei dem Dampferunglück auf dem Wannsee sind, wie schon gemeldet und wie nunmehr endgültig festzustellen scheint, insgesamt 30 Personen gerettet worden. Von den Vermissten konnte man bisher erst zwei Tote bergen, und zwar die Leiche des Kaufmanns Beiler aus Potsdam, Blücherplatz 7, und die Leiche der Gattin des Augenarztes Dr. Max Hofmann aus der Haendelstraße 3 in Berlin. Es sind außerdem noch 11 Personen als vermisst gemeldet. Im Laufe des Montag nachmittags ist es gelungen, die Stelle zu finden, wo der Dampfer „Storkow“ gesunken ist. Er liegt etwa 350 Meter vom Ufer entfernt auf Grund. Dienstag früh wird ein Taucher feststellen, ob sich Tote in der Kasse befinden. Dann soll eine Bergungsgesellschaft mit der Hebung des Dampfers beginnen. Die beiden Angehörigen, der Kapitän und der Steuermann, sind Montag abend der Potsdamer Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Wie wir weiter erfahren, feierte der Potsdamer Yachtclub am Sonntag Abschied vom Wassersport und hatte aus dieser Veranlassung einen Dampferausflug unternommen, der morgens gegen 9 1/2 Uhr begann und sich über Caputh, Werder und den Schwielowsee erstreckte. Da sich die Rückfahrt erheblich verzögerte, führte der Führer des Dampfers seine Fahrtstrecke ab, um Potsdam möglichst bald zu erreichen. Dabei hat er statt des Rechtskurves den Linkskurs eingeschlagen. Ferner haben die beiden Angehörigen zugegeben, daß an Bord des Dampfers stark getrunken worden ist und sie selbst Schnaps und Bier getrunken haben. Weiter kommt als Faktor für den Zusammenstoß in Frage, daß der Stern-Dampfer „Kaiser Wilhelm“ wahrscheinlich nicht genügend und nicht vorchriftsmäßig beleuchtet gewesen ist. Das ist in letzter Zeit und wiederholt von mehreren Zeugen bemerkt und auch gemeldet worden, ohne daß Abhilfe eingetreten wäre.

Liste der Vermissten

Als vermisst sind bisher anzusehen: Frau Vogt, Berlin, Lehrlingstraße 14/15, Kontoristin Emma Lorenz, Berlin, Kreuzbergstraße 22, Frau Reikner, Steglitz, Holzsteinische Straße 60, Herr Stieger, Berlin, Gleimstraße 57, Frau Marie Reuter, Berlin, Tilsiter Straße 9, deren Gatte und jugendlicher Sohn Herbert gerettet wurde. Topograph Adolf Guttmann, Tempelhofer, Bornstraße 14, und eine Frau aus Klabow mit ihren beiden Kindern. Den Namen dieser Frau kennt man noch nicht, man weiß nur, daß sie eine geborene Schulz ist.

Die Schuldfrage

Ueber den Stand der Untersuchung des Schiffsunglücks auf dem Wannsee wird uns mitgeteilt: Auch im Laufe des gestrigen Nachmittags konnte die genaue Lage des verunglückten Schiffes nicht einwandfrei festgestellt werden. Es wird angenommen, daß das verunglückte Fahrzeug, welches sich zur Zeit des Zusammenstoßes gerade an einer Stelle mit harter Sitomung befand, während des Sinkens abgetrieben wurde. Heute (Dienstag) sollen Taucher des Reichswasserwerkes die Suche nach dem gesunkenen Schiffe forschen. Von den Passagieren, deren Zahl auf etwa 40-50 geschätzt wird, sind bisher zwei Tote, Frau Hofmann und der Kaufmann Benler geborgen, während 12 weitere Personen als vermisst gemeldet worden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß von diesen 12 Personen noch eine Anzahl gerettet worden sind, die in den Büschen der Umgebung Aufnahme gefunden haben. 30 gerettete Personen haben in den Krankenhäusern von Nowawes und Groß-Lichterfelde Aufnahme gefunden und konnten zum Teil bereits in ihre Wohnungen geschickt werden. Die Ermittlungen des Zehlendorfer Kriminalkommissars Heiler haben ergeben, daß der Dampfer „Kaiser Wilhelm“ gegen die Vorschriften, um den Weg zu klären, stark links gefahren ist; er trug die vorgeschriebenen Positionslaternen.

In der Frage der vorchriftsmäßigen Beleuchtung der beiden Stern-Dampfer weichen die Aussagen der Beteiligten einmütig noch erheblich voneinander ab. Der Führer des gesamten Dampfers „Storkow“, Kapitän Gottlieb Michelmann, ein Bruder des Kapitans des „Kaiser Wilhelm“, behauptet, daß sowohl der „Storkow“ wie auch der „Kaiser Wilhelm“ am Sonntag abend vorchriftsmäßig beleuchtet gewesen seien. Bei dieser Aussage muß jedoch berücksichtigt werden, daß Kapitän Gottlieb Michelmann aus leichtverhändlichen Gründen bestrebt ist, seinen verhafteten Bruder möglichst zu entlasten. Dagegen hat sich bei der Polizei ein anderer Zeuge, und zwar einer von den geretteten Fahrgästen des „Storkow“, gemeldet, der mit aller Ent-

schiedenheit befundet, daß der „Kaiser Wilhelm“ zwar die weiße Buglaterne, aber nicht die vorchriftsmäßigen roten und grünen Positionslaternen geführt habe. Der gesamte Dampfer sei im Gegensatz hierzu vorchriftsmäßig beleuchtet gewesen. Wie weit diese Angaben zutreffen, wird die polizeiliche Untersuchung ergeben. Daß es mit der Beleuchtung der Stern-Dampfer auf der Havel in der letzten Zeit nicht immer seine Richtigkeit hatte, geht auf jeden Fall aus einer Eingabe hervor, die vor noch nicht langer Zeit von Wannseer Bürgern an die Direktion der Stern-Gesellschaft gerichtet worden war und in der ausdrücklich auf die mangelhafte Beleuchtung der Dampfer aufmerksam gemacht wurde. Wiederholt hat man auf dem Wannsee unvorchriftsmäßig beleuchtete Dampfer bemerkt, was bei den Anwohnern des Wannsees zu der Ueberzeugung führte, daß es über kurz oder lang einmal zu einem Unglück kommen müsse.

Der Stand der Untersuchung

Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung scheint es unzweifelhaft zu sein, daß die Ursache des folgenschweren Zusammenstoßes der Alkoholgenuß der Führer des Dampfers „Kaiser Wilhelm“ ist. Auch das übrige Fahrpersonal soll nicht ganz nüchtern gewesen sein. Es wird behauptet, daß schon am Mittag beinahe ein Zusammenstoß mit der Sackrower Fähre erfolgt sei.

Die Mitglieder des Potsdamer Yachtclubs sollen Führer und Personal mit Alkohol traktiert haben.

In einer Zuschrift an die Presse behauptet die Direktion der Stern-Dampfergesellschaft, daß die Ursache wahrscheinlich unglückliches Zusammenstoßen von Zufälligkeiten ist. Ob damit auch der Alkoholgenuß der Führer und Mannschaft gemeint ist, wissen wir nicht. Aber Aufgabe der Direktion ist es, solche Zufälligkeiten zu vermeiden. Wir haben schon mal im Laufe des Sommers die ausführenden Behörden ersucht, die Betriebsverhältnisse bei der Stern-Dampfergesellschaft nachzuprüfen. Die Direktion hätte besser getan, statt die schwarz-weiß-rote Flagge herauszustrecken, sich um die Betriebssicherheit zu kümmern. Denn für die Betriebssicherheit ist anscheinend so gut wie nichts geschehen. In einem Bericht eines Augenzeugen, den das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, wird behauptet, daß auf dem Dampfer so gut wie

Keine Rettungsvorrichtungen

vorhanden waren. Der Augenzeuge schreibt darüber: Von der Befahrung des großen Dampfers wurden zuerst keine Anstalten für irgendwelche Rettungsaktionen unternommen. Die Schiffsführer standen wie versteinert am Steuer und versuchten sogar, als mein Freund durch die Dampfströme ein minutenlanges Rotsignal gab, ihn daran zu hindern. Nicht, das eine Rettungsmöglichkeit verbessert hätte, da es stockfinster war, ist angeblich nicht vorhanden gewesen. Als wir einige Kajütenfenster, die weder Riegel noch Verriegelung aufwiesen, durchschlagen wollten, um so einige der in Lebensgefahr Schwebenden durch die Kajütenfenster zu ziehen, wurden wir zunächst gehindert. In jedem Falle waren auch die übrigen Rettungsmöglichkeiten auf dem großen Dampfer sehr schlecht. Es befanden sich überhaupt nur zwei Rettungsringe an Bord. Mit Risse konnten wir zwei Taue fassen und sie ins Wasser werfen, um die Opfer des Unglücks zu retten. In einem anderen Falle konnte durch eine abgedroffene Fahnenstange ein kleiner Knabe aus den Fluten gezogen werden. Andere Gegenstände, die zur Rettung hätten dienen können, waren vom Schiffspersonal nicht zu erlangen. Die vorgeordnete Zeit machte weitere Bergungsarbeiten unmöglich. Die Rettungsboote, die auf das Rotsignal an die Unglücksstelle eiften, trafen erst geraume Zeit nach dem Unfall ein.

Eine Unterlassungsfünde

Es ist dem Rettungsamt der Stadt Berlin der Vorwurf gemacht worden, daß die Rettungseinrichtungen am Wannsee keineswegs auf der Höhe der Erfordernisse ständen und daß das Rettungsamt keine Hilfsmittel nach Wannsee entsandt habe. Hierzu erklärt der Direktor des Rettungsamtes Sanitätsrat Dr. Franke: „Theoretisch untersteht freilich das Wassergebiet innerhalb Groß-Berlins dem Rettungsamt. Es schweben auch zur Zeit Verhandlungen wegen Errichtung eines ausreichenden Wasserrettungsdienstes. Was nützt aber die Kompetenz, wenn keine

Geldmittel vorhanden sind, um den Rettungsbleist so auszubauen, wie es dringend erforderlich ist. Im übrigen ist in der vergangenen Nacht das Rettungsamt gar nicht benachrichtigt worden. In der allgemeinen Verwirrung hat wohl niemand daran gedacht, uns zu Hilfe zu rufen. Darum war uns von dem traurigen Vorfall gar nichts rechtzeitig bekannt. Wäre ein Anruf erfolgt, so hätten wir selbstverständlichweise Autos, Kerze und Pflöge in genügender Anzahl an die Unfallstelle entsandt, um uns wenigstens an den Bergungsarbeiten zu beteiligen, wenn wir schon nichts mehr retten konnten.“

Gegen die Verschandelung des Stadtbildes

Der Magistrat Berlin gibt jetzt das Ortsstatut zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung durch Reklameorientierungen bekannt:

Die Anbringung von Reklameschildern, Schaukästen, Aufschriften und Abbildungen bedarf im gesamten Gebiete der Stadt Berlin der Genehmigung der Baupolizei. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn durch die Anbringung Straßen oder Plätze oder das Ortsbild gröblich verunstaltet werden würden. Die Bestimmungen über die Verkehrs- und Straßenbaupolizeilichen Genehmigungen bleiben hierdurch unberührt. Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.

Es ist bedauerlich, daß der Begriff der „gröblichen Verunstaltung“, der nicht weniger lauschfahrig ist, wie zum Beispiel der des „öffentlichen Vergnügens“, nicht näher definiert ist. Dadurch wird die Handhabung des im übrigen sehr notwendigen Statuts vollkommen dem subjektiven Ermessen der zufällig mit der Bearbeitung der einschlägigen Sachen befaßten Beamten überantwortet. So schwierig es ist, objektive Richtlinien für dergleichen zu finden, so ist dies nichtsdestoweniger notwendig, um Mißbräuche und Schikanen vorzubeugen.

Der haftungsfähige Sittlichkeitsverbrecher

Die Blätter melden: Wie erinnerlich, wurden am 18. Dezember vergangenen Jahres der Diplomingenieur Ewald Franz, ein vielfacher Millionär, um Kurfürstendamm, und seine Ehefrau Hedwig auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht III unter dem dringenden Verdacht, schwere sittliche Verfehlungen begangen zu haben, verhaftet. Die Voruntersuchung führte zunächst dazu, daß Frau Franz nach kurzer Haftzeit wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, da sich die Behörde auf den Standpunkt stellte, daß die Ehefrau völlig unter dem Einfluß ihres Mannes gestanden hat. Auf Grund der gerichtsarztlichen Gutachten, der Medizinärzte Dr. Störmer und Dr. Hoffmann, hatte der Rechtsbeistand des Verhafteten, Justizrat Bronner, einen Haftentlassungsantrag gestellt. Diesem Antrage ist jetzt stattgegeben worden, da Franz hochgradig hysterisch und absolut haftungsfähig ist. Die Voruntersuchung in der ganzen Affäre dürfte in kurzer Zeit geschlossen sein.

Jedes Wort, das man an diesen neuesten Justizskandal verschwenden wollte, wäre überflüssig. Die Gerichte der Republik sind, wie diese Republik: sanft, mild und nachsichtig bis zu den Reichen, auch wenn sie gemeine Verbrecher sind, — erbarmungslos, brutal, boshaft und rachsüchtig, wenn es sich um Arme, besonders um Arbeiter handelt. Bezeichnend ist, daß die bürgerliche Presse kein Wort der Kritik zu dieser jüngsten Ungefuehrlichkeit äußert. Warum auch? Der besagte Millionär ist ja krank. — Gutachten von Autoritäten bezeugen es, — der Form ist genügt. Wir fragen: Was haben diese Gutachten gekostet? Oder ist es vielleicht nur ein Zufall, daß inhaftierte Arbeiter, die wirklich krank sind, so vorzügliche Gutachten, die prompt zur Entlassung führen, sich nicht verschaffen können?

Ein Opfer der Spielleidenschaft

Die Spielertragödie des Schauspielers Ewald Binzen vom Deutschen Theater land gestern vor der Strafkammer des Landgerichts II ihren Abschluß. Die Anklage gegen B., der den Bühnennamen „Ewald“ führte, lautete auf Einbruchsdiebstahl in vier Fällen und schwere Urkundenfälschung in zwei Fällen. Mitangeklagt wegen Beihilfe war der Kaufmann Biswanger. — Der Angeklagte Binzen war in den Kreisen gewisser Jünglinge, welche in gelben Lackshuben, seidenen Hosierrümpfen und dem goldenen Ketten am Armgeleckt die Tauentstraße und den Kurfürstendamm bedürften, eine bekannte Persönlichkeit. Durch ihre anormalen Beziehungen zu B. sollen sich verschiedene Personen,

Der einzige Weg

Roman von Paul Rebouz

Uebersetzt von Rudolf Hark.

Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(6. Fortsetzung)

„Nein, nein,“ versicherte Montignac, „das ist durchaus keine französische Besonderheit. Für die russischen Großfürsten war der Feldzug auch gerade kein verlustbringendes Unternehmen. Und, wissen Sie, selbst in Amerika gibt es Schlaupöppe. Sehen Sie die Ware, die New York bergeweise nach dem Festlande geschickt hat — wie viel angebliche Kriegslieferungen wurden bestellt, dort bezahlt und hier ausgeschifft, die nichts weniger als Kriegslieferungen waren. Man findet das jetzt alles in den Warenlagern... Zum Beispiel Millionen von Handschellen, ja wohl, Millionen! Und ungeheuerliche Mengen Brenneisen, Bürstentaster und Kindermützen!“

Die Gäste waren durch diese Enthüllung, die Montignac mit seinem südlisch kräftigen Organ zum besten gab, recht erheitert.

„Also alles in allem,“ sagte Réal, „war der Krieg ein ausgezeichnetes Geschäft für jeden, der etwas zu verkaufen hatte.“

„Und auch für andere. Die französischen Reeder haben 1915 500 Millionen Gewinn eingeheimt.“

„Und die Banken! Schätz Millionen Kommissionsertragnis für die Abhebung von Anleihen im Jahre 1918!“

Der überlegene Labardeau-Chatenais, dessen glänzender Schädel das Kerzenlicht widerspaltete und dessen Hand den selbigen Bart liebte, folgte, daß Geld zum Gelde flieht, wie der Fluß zum Meere.

„D, es gibt Ausnahmen,“ versicherte Dupont. „Gewisse glückliche Schiebungen haben sehr bescheidene Leute reich gemacht. Sie kennen doch den Fall des kleinen Einfuhrhändlers, der mit einem Feigengeschäft zwei Millionen in einem Tag verdient hat.“

„Oder,“ ergänzte Montignac, „jenes des Lustschiffers, der telephonisch von einem Posten Schube benachrichtigt wurde, der in irgendeine verlorene Gegend abgeben sollte. Der Mann stürzte sich in ein Amtsauto, begab sich an Ort und Stelle, kaufte das Paar Schube um 2 Franken und verkaufte es am selben Tag für 20 Franken.“

„Dieser Mann,“ verkündete Labardeau-Chatenais, „verstand es, aus der allgemeinen Unordnung Nutzen zu ziehen. Und bei Gott, es haben's nicht wenige verstanden.“

Maxime Dupont stimmte ihm bei und erzählte, er habe einmal einen Kameraden besucht, der beauftragt war, ein Depot Luftschiff-Propeller zu bewachen. Es war im Winter, Heizstoff fehlte. So verheizte man etwa ein halbes Duzend Propeller im Tag.

„Nun, das gehört sich nicht,“ gab Montignac zu. „Aber wie soll man sojem Mißbrauch beikommen? Die Staatsverwaltung selbst ist unschuldig. Es genügt oft eine geschickte Eingabe, um einen Fall wie diesen ganz harmlos erscheinen zu lassen, während das Verbrennen einer alten Schachtel den Schuldigen in Konflikt mit den furchtbarsten Verordnungen bringt. Man zieht sich eben heraus.“

Dieser Mann des Südens verstand die Kunst, sich herauszuziehen, jezt genau.

Herrn Julius Giraudet war der Burgunder stark zu Kopf gestiegen. Er predigte:

„Die Verwaltung war während des ganzen Krieges auf dem Hund. Denken Sie doch, auf den Staatsgütern verkaufte man den Zentner altes Papier für 8 Franken, auch zu einer Zeit, als jeder Trödler Privatleuten 40 Franken für den Zentner gab.“

Ueber die Organisationsfähigkeit der Verwaltung waren die Meinungen geteilt. Jemand bemerkte, man habe nach dem ersten Durcheinander der Mobilisierung versucht, geeignete Persönlichkeiten zum Verwaltungsdienst heranzuziehen. So wurden Mitglieder der Familien Potin und Dubonnet ins Verpflegungsministerium berufen, um alle auf den Alkohol bezüglichen Angelegenheiten zu bearbeiten. Zweifellos litten ihre Privatgeschäfte nicht darunter. Aber es waren doch Sachverständige am Werke.

Beim Genuß der roßigen Gänseleber, die nun aufgetragen wurde, begannen die Gäste von den Söhnen, Schwiegersöhnen und Neffen berühmter Männer zu schwätzen, die sie während ihrer Kriegsverwendung kennengelernt hatten. Dupont hat in Chateauroux gedient; Pellerier war seit Ausbruch der Feindseligkeiten wohlbestallter Beamter gewesen; Montignac hatte Paris nicht verlassen, außer um in Bordeaux Aufenthalt zu nehmen; Giraudet hatte in seiner eigenen Fabrik Kriegsdienste geleistet.

Sie hatten alle diese Stellungen unter der heuchlerischen Behauptung inne gehabt, jeden Augenblick nach der Front aufbrechen zu wollen, und unter lauten Neujährungen der

Ungebuld, hier zusammen mit Menschen bleiben zu müssen, die sich ihrer Kriegspflicht entzogen. Nun, da diese Pöppe überflüssig geworden war, sprachen sie behaglich von ihrer langen Sommerfrische.

Réal fühlte seit Beginn des Mahles eine wachsende Erregung. Wäre es nicht besser gewesen, diese Einladung auszuschlagen und ruhig zu Hause bei der Arbeit zu bleiben? Er machte sich Vorwürfe, daß er dem berechnenden Ehrgeiz seiner Frau nachgegeben hatte. Lohnte es sich, um Capin drei Arbeitsstunden zu verlieren?

Und all diese schwindelnden Zahlen versetzten ihn in Aufregung. Seit langem wußte er, was von den Kriegsgewinnern zu halten war. Vorwürfe erschienen zwecklos, da er sich einmal mit gesellschaftlich Ungleichem eingelassen hatte. Aber er hätte diesen Leuten mehr Zurückhaltung in der Bloßstellung ihrer Reichtümer gewünscht. Während sie ein angenehmes und nahrungreiches Leben führten, hatte er sich verpflichtet gefühlt, am Kriege teilzunehmen. Er hatte vier Jahre einer arbeitsamen Landsturmbatterie angehört, die hinter den Armeen einhertrotzte, um niedrige Arbeiten zu verrichten. Er hatte am Mangel einer Unterkunft, an unzureichender Ernährung, an Kälte, an dem traurigen Stumpfsinn gelitten, mit dem ihn sein langes Elend nach und nach erfüllt hatte. Die Erinnerung an sein Opfer erregte in ihm ein Gefühl verächtlicher Entrüstung gegen diese Krieger der Südwestfront. Eine Jarneswelle stieg in ihm auf, einer jener jugendlichen Ausbrüche, derer er noch fähig war und die seine Arbeiten so temperamentvoll machten.

Da bemerkte er, daß der Haushofmeister das Band des Kriegskreuzes trug, und er konnte sich nicht enthalten zu fragen:

„Hören Sie, lieber Freund, wo haben Sie sich das Kreuz erworben?“

Alle Köpfe wandten sich nach ihm. Schweigen trat ein. Der Haushofmeister, dem es peinlich war, Gegenstand eines solchen Verhörs zu sein, erwiderte verwirrt:

„In der Gegend von Les Eparges, mein Herr.“

Réal bedauerte seinen Mutwillen. Er rief sich zusammen und fragte Giraudet, ob er bei seiner letzten Rundreise um die alte Front dort durchgekommen sei. Sofort begann jener wieder seine romantische Beschreibung der Gegend, während die anderen Gäste, erleichtert, daß der Zwischenfall erledigt war, sich besaßen, durch ein noch lebhafteres Gespräch die Erinnerung daran zu verwischen.

(Fortsetzung folgt.)

darunter ein bekannter Schauspieler und ein Kabarettist, völlig ruiniert haben. Diese für M. recht einträglichen Beziehungen ermöglichten es ihm im Laufe eines Jahres nicht weniger als 400 000 Mark am Spieltisch zu verlieren. Als schließlich seine reichen Freunde auch nichts mehr geben konnten, schloß er auf den Namen eines seiner besten Freunde zwei Wechsel. Obwohl er aus einem von ihm, gewissermaßen als „Sachverständiger“ verfaßten Film „Baccarat, die Tragödie einer Leidenschaft“, erhebliche Einnahmen bezog, konnte er sich nicht mehr über Wasser halten und sank schließlich zum gewöhnlichen Einbrecher herab, indem er aus gemieteten möblierten Wohnungen Perleppische und anderes stahl. Hierbei soll ihm Biswanger, mit dem er ebenfalls in gewissen Beziehungen stand, Beihilfe geleistet haben.

Neue Raubüberfälle

Ein Raubüberfall in der Wohnung beschäftigt die Neuköllner Kriminalpolizei. In der Friedelsstraße 44 wurde am Sonntagabend um 10 Uhr die 23 Jahre alte Arbeiterin Erna Stutina von ihren heimkehrenden Eltern gefesselt aufgefunden. Das Mädchen berichtete, um 7 Uhr abends habe ein Mann leibhaftig aufgeschloßen, sei ohne weiteres eingetreten und habe sie gezwungen, ob sie Geld habe. Auf ihre Verneinung habe er ihr ein Taschentuch in den Mund gesteckt, sie gefesselt und dann die Behältnisse durchsucht. Es wurde gleich festgestellt, daß er 1000 Mark, die sich in der Wohnung befanden, nicht gefunden und auch sonst nichts mitgenommen hatte. Wie das Mädchen sagt, war der Mann etwa 40 Jahre alt, hatte einen schwarzen Spitzbart und trug einen gelblichbraunen Anzug.

Der Raubfall mit dem Auto, der auf der Chaussee zwischen Birkenwerder und Oranienburg auf den Schlächtermeister Georg Redenwald verübt wurde, hat sich nach den Ermittlungen unter eigenartigen Umständen abgespielt. Der Kraftwagen, der dem Schlächterfuhrwerk beigegeben, fuhr auf der linken Seite, also falsch. So kam es zu dem Zusammenstoß, der sehr heftig war. Pferd und Wagen flogen um und von dem Automobil wurde die Tazameteruhr abgedrückt. Nachdem Redenwald sich wieder ausgerafft hatte, kam es zwischen ihm und dem Chauffeur zu einem Streit, weil der Chauffeur, obwohl er durch sein falsches Fahren den Zusammenstoß verschuldet hatte, noch eine Entschädigung verlangte. Die Insassen des Autos, vier bis fünf Mann, mischten sich auch noch ein und schlugen auf den Schlächtermeister ein. Um sich auszuweisen, zog Redenwald seine Brieftasche, in der er seine Handelsausweisurkunde aufbewahrt. Sie enthielt außerdem aber auch 5000 Mark Papiergeld. Die Insassen des Wagens entrißen ihm die Tasche und er versuchte, sie wiederzuerlangen. Zuguterletzt aber hängte er sie doch ein. Nachdem zwei dazugekommene Eigentümer ihm geholfen hatten, den Wagen wieder aufzurichten, fuhr Redenwald weiter. Bald darauf setzte auch das Auto seine Fahrt nach Berlin fort.

Das Bezirksamt Mitte übernimmt vom 1. November 1921 ab die auf seinen Bezirk entfallenden Geschäfte der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und verlegt die Geschäftsräume von „Poststraße 13“ nach „An der Stralauer Brücke 6“. Infolge des Umzuges bleiben die Räume am 2. und 3. November geschlossen. Dieselben werden vom 4. November an in dem Verwaltungsgebäude „An der Stralauer Brücke 6“ eröffnet.

Treptow. Die Auszahlung der Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und erwerbsunfähige Kriegerwitwen erfolgt im Verwaltungsbezirk Treptow in den Tagen vom 2. bis 4. November 1921. Am 2. November werden die Empfänger mit den Anfangsbuchstaben A bis J, am 3. November K bis R, am 4. November S bis Z abgefertigt. Rentenpapiere und Familienstammbuch sind vorzulegen.

Todesbeurteilungen und gerichtliche Todeserklärungen von Kriegsteilnehmern. Zur Regelung rechtlicher Ansprüche der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern ist vielfach die Todesbeurteilung und die gerichtliche Todeserklärung erforderlich. Allein zur Erhaltung der Erbverhältnisse an die Ständesämter für die im Kriege Gefallenen ist das Zentralnachweissamt für Kriegerverluste und Kriegergräber in Spandau. Nur bei ihm sind die für das Todeserklärungsverfahren Kriegsverstorbener erforderlichen Bescheinigungen erhältlich. Das Zentralnachweissamt ist kostenlos tätig. Auch wird kostenlos an die Hinterbliebenen Rat über das einzuschlagende Verfahren erteilt.

Eine schwere Kesselexplosion ereignete sich gestern morgen gegen 7 Uhr in der Schmalzfabrik von C. und G. Müller in Neukölln, Mittelbuschweg 10-12. Unter dem im dritten Stockwerk aufgestellten Kessel befand sich ein Dampfdruckraum, dessen Abflußrohr sich verstopft hatte. Als nun um die angegebene Zeit Dampf in den Kessel hineingelassen wurde, geschah das Unglück. Der gesamte Raum wurde zerstört, das Dach lag in einer Ausdehnung von etwa 100 Quadratmeter in die Luft, und der Fußboden zerbrach, so daß der Kessel in das zweite Stockwerk hinabfiel. Der Schaden ist erheblich. Wenigen sind, da die Arbeitszeit noch nicht begonnen hatte, nicht zu Schaden gekommen.

Bermittelt wird seit dem 4. Oktober der 16jährige Lehrling Heinz Keller aus Neukölln, Emser Str. 6. Bekleidet war derselbe mit grünem Filzhut, braunem, gutgeputtem Jackett, dunkelgrünen schwarzgestreiften Hosen, schwarzen Schnürschuhen, weichem Stielumgehörten.

Wer von dem jetzigen Aufenthalt des Bermittelten Kenntnis hat, wird gebeten, an obige Adresse Nachricht gelangen zu lassen.

Gewerkschaftliches

Freigewerkschaftliche Jugendkartei

Am 27. Oktober hielt das freigewerkschaftliche Jugendkartell unter dem Vorsitz des Kollegen Siegle im Verbandshaus der Holzarbeiter eine Vollversammlung ab, in der die Kollegen Reihner und Löwenberg einen Bericht von der Reichsjugendkonferenz gaben.

Reihner berichtete eingehend über die wirtschaftlichen Fragen, die in Cassel behandelt wurden. Er ist der Meinung, daß alles getan werden muß, die Agitation nicht nur in die Kreise der Jugendlichen, sondern auch in die Reihen der älteren Genossen zu tragen. Sie haben gemeinsame Interessen, und Pflicht der erwachsenen Arbeiterchaft ist es, die so berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Jugendlichen mitzuvortreten. Die Gewerkschaften müssen auch sonst in allen Institutionen (Berufsämter, Wohlfahrtsämter, Organe der Frau- und Fortbildungsschulen usw.) Einfluß gewinnen. Es gilt, überall im Interesse der Jugend tätig zu sein. Für Eltern, Betriebsräte und Vertrauensleute müssen in den Ortsvereinigungen „Auskunftsstellen“ in Jugendangelegenheiten geschaffen werden.

Löwenberg sprach über Bildungsfragen. Hier liegt den Gewerkschaften eine große Aufgabe ab. Es gilt, den Nachwuchs zu tüchtigen Gewerkschaftern, zugleich aber auch zu tüchtigen Menschen zu erziehen. So ist neben wirtschaftlicher und geschichtlicher Schulung auch die allgemeine Bildung zu berücksichtigen. Die Mittel zur Bildungsarbeit müssen der Zeit entsprechen. Alle modernen Mittel sind in den Dienst der Sache zu stellen. In Form der Bildungsgemeinschaften sei zu arbeiten. Durch die enge persönliche Fühlungnahme wird gleichzeitig praktische gewerkschaftliche Solidarität erzeugt.

Mit den Referenzen brachte auch die eingehende Diskussion zum Ausdruck, daß Cassel bei manchen Schwächen doch einen Anfang bedeutet, den Anfang zentraler Jugendarbeit. Die Gewerkschaften, die den Jugendlichen und Lehrlingen das größte Interesse entgegenbringen, müssen auf diesem Wege weiterschreiten. Selbst einige negierende Kritiker, die noch vor kurzem in früheren Versammlungen Brandreden gehalten, verkannten nicht die Bedeutung. Es kann festgestellt werden, daß das Bestreben herrschte, alle Stimmen zum Zusammenklingen zu bringen und alles dazu beizutragen, die gewerkschaftliche Jugendarbeit zu fördern.

Kollege Siegle gab zum Schluß noch die bevorstehenden nächsten Veranstaltungen bekannt. Eine Versammlung mit dem Thema „Stellung der Jugendlichen und Lehrlinge im neuen Arbeitsrecht“ findet am 8. November in der Schulaula, Lange-straße 31, statt. Am 27. November wird in der Schulaula des Realgymnasiums, Dresdener Straße 113, ein Lehrfilmvortrag veranstaltet.

Streit in der photo- und chromolithographischen Branche

Am Freitag vor acht Tagen beauftragten die Arbeitnehmer der photo- und chromolithographischen Branche ihre Organisationen, bei den Arbeitgebern die Gewährung eines Teuerungszuschlages von 70 M. pro Woche zu beantragen. Die Funktionäre erhielten von dieser Versammlung den Auftrag, sich mit der Antwort der Unternehmer zu beschäftigen. Nachdem die Unternehmer in der vergangenen Woche die Forderungen mit ganz fadenheiligen Gründen abgelehnt hatten, nahmen die Funktionäre der Branche zu der Situation am vergangenen Freitag Stellung und beschloßen, daß am Sonnabend in allen Betrieben eine Teuerungszuschlag von 50 M. pro Woche gefordert werden solle. Den Unternehmern wurde eine Frist zur Stellungnahme bis Montag vormittag 10 Uhr gegeben. In den Betrieben, in denen der Forderung nicht entsprochen wird, sollte zu diesem Zeitpunkt die Arbeit niedergelegt werden, zwecks Teilnahme an einer Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, die endgültig Beschluß fassen sollte.

Der große Saal des Gewerkschaftshauses reichte nicht aus, um alle Versammlungsteilnehmer aufzunehmen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute berichteten über die Verhandlungen bei den einzelnen Firmen. Verschiedene Unternehmer erklärten, daß sie die Forderung nicht bewilligen könnten, da die Arbeitgeberorganisationen sie daran hindere. Andererseits drohten besonders „sozial“ denkende Unternehmer mit der sofortigen Entlassung. Nach eingehender weiterer Aussprache beschloß die Versammlung einstimmig, nicht eher in die Betriebe zurückzugehen, bis die berechnete Forderung von den Arbeitgebern anerkannt sei.

Stud- und Gipsbaugewerbe. Zu dem Vorschlag der Arbeitgeber auf die gestellten Forderungen der Arbeiter in dieser Branche, welche am 26. Oktober gemacht wurden, nahmen am Sonntag in der Neuen Philharmonie in der Köpenicker Straße die Berufsangehörigen Stellung. Die Unternehmer wollen 20 Prozent Zuschlag zu den bisherigen Löhnen gewähren. Nachher soll der Lohn der Maurer in der Stud- und Gipsbaubranche einen zehnprozentigen Zuschlag erfahren, so daß eine allgemeine Lohnaufbesserung von den Maurern abhängig ist. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher von dem Vorschlag der Unternehmer Kenntnis genommen und er abgelehnt wird. In der Begründung heißt es, daß dieser Vorschlag keine tarifliche Veränderung bedeutet und

der Sektion die Selbständigkeit genommen wird. Die Versammlungen gaben der Sektionsleitung den Auftrag, den Schlichtungsausschuß anzurufen. In jederden Verhandlungen sind die Arbeiter bereit, erklären aber, falls kein annehmbares Angebot für die Berufsangehörigen zustande kommt, daß sie sich verpflichtet, die daraus entstehenden Konsequenzen voll und ganz auf sich zu nehmen.

Tarifbewegung der Bäcker. Eine stark besuchte Mitglieder-versammlung der Bäcker am Sonntag beschloß, das am 1. 10. in Wirksamkeit getretene Lohnabkommen zu kündigen, da der Kaufpreis des Geldes sehr wesentlich gesunken sei. Da die Kündigungsfrist zwei Monate beträgt, wurde die Organisationsleitung beauftragt, die Arbeitgeber um eine Erklärung zu erlangen, ob sie bereit seien, vor Ablauf des jetzt gültigen Lohnabkommens ein neues zu tätigen. Die Höhe der Forderung wurde nicht festgelegt, weil erst die Antwort der Arbeitgeber abgewartet werden solle. — Die Versammlung stimmte des weiteren einem von kommunistischer Seite gestellten Antrag zu, in dem die Gewerkschaften und deren Spitzenorganisationen sowie die drei Arbeiterparteien aufgefordert werden, für einen Preisabbau aller Bedarfsartikel einzutreten und den Achtstundentag zu sichern. Der Antrag erhofft dadurch die endliche Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter.

Das Lohnabkommen in der Metallindustrie. Die in der Metallindustrie beschäftigten Heizer und Maschinisten besaßen sich am Sonntag in einer Vollversammlung mit dem Lohnabkommen in der Metallindustrie. Genosse Fröhlich berichtete eingehend über die Verhandlungen des Metallkartells mit den Metallindustriellen und über das Zustandekommen des Abkommens. Die eingehende Diskussion brachte zum Ausdruck, daß die Zulagen in keiner Weise den gesteigerten Kosten der Lebenshaltung entsprechen. Auf der einen Seite ist ein ständiges Sinken des Reallohnes der Arbeiter festzustellen, während andererseits bei den Unternehmern ständig die Profitrate steigt. Die Versammlung beschloß einstimmig, das Metallkartell aufzulösen, eine Versammlung der in der Metallindustrie tätigen Funktionäre aller Organisationen einzuberufen, zwecks Aussprache mit dem Metallkartell und der Leitung der Metallarbeiter über das Abkommen. — Die Vertrauensleute der Heizer und Maschinisten in der Metallindustrie werden dringend aufgefordert, ihre Adresse der Ortsverwaltung zu übermitteln.

Parteiveranstaltungen

Referentienverlesung der Genossin Seger. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 24.

Dienstag, 1. November

3. Bezirk (Berlin-Mitte). Abends 8 Uhr Neuzugangsausschuß bei Koblitz, Poststraße 21. Erscheinen aller Genossen im Pflicht.

6. Verwaltungsbezirk (Schlesische Str.). Abends 7 Uhr Sitzung der Arbeiterkommission bei Krüger, Grimmstr. 1. Alle Parteimitglieder des Bezirks wollen persönlich erscheinen.

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr bei Glame, Reich-Keller, Ede-Markt, Sitzung der Delegationskommission mit den Schöneberger Parteiführern und den Friedenauer Parteiführern.

Westend. Abends 7 Uhr im „König-Baum“ Sitzung des Bezirksvorstandes u. s. w., der Kommunisten Kommission und der alten und neuen Bezirksvorstände.

Mittwoch, 2. November

16. Bezirk. Abends 7 Uhr Sitzung der Agitationskommission bei Schulze, Kaminier Str. 34. Die Genossen, die am 6. u. 8. M. mit aus Land wollen, müssen erscheinen.

Donnerstag, 3. November

13. Bezirk. Abends 7 Uhr Verbandssitzung bei Vietz, Grimmstr. 56.

Bereinskalender

Soz. Arbeiterjugend Groß-Berlin. Der Funktionärsvorstand kann besondere Umstände wegen am kommenden Mittwoch noch nicht bezeichnen. Bekanntmachung erfolgt nach.

Dienstag, 1. November

Verband der Fabrikarbeiter. Abends 7 Uhr im Lokal von Lehmann, Engelstr. 21, Funktionärskonferenz der Metall- und Elektro-Industrie. Tagesordnung: Bericht über die Schlussverhandlungen in der Metallindustrie.

Mittwoch, 2. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelslaborsarbeiter und Arbeiterinnen aus den Engros- und Detailbetrieben der Wäpdruche (Taschen, Blumen, Federn). Abends 6 Uhr im Lokal von Karl Witte, Polstr. 29, Gruppenversammlung.

Wahlleiter, Buchbinderarbeiten der reinen Buchbinder und Geschäftsbuchbinder. Nachm. 4½ Uhr findet in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 36-37, eine Branchenversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen in Weimar. Es ist Pflicht der gesamten Kollegenschaft, dort zu erscheinen.

Freie Schminke Charlottenburg. Abends 7½ Uhr Monatsitzung bei Sobie, Schloßstraße 4.

Geschäftliches

Eine Hausarbeit zu verkäufen. Man fertige sich für die Wochensäfte je eine die Umhüllung aus qualitativem weißem Papier (mittleren alten Papiers) und in welcher die Wochensäfte nach dem Kochen rasch eingedult und bis zum nächsten Tage stehen gelassen werden. Die vier Äpfel werden über den Topf gestellt zusammengehalten und mit einem Band umwickelt. Man lasse die Wochensäfte aufgesetzt ¼ bis ½ Stunde auf dem Gasofen, nachdem zuvor ein Pflöckchen Pfeffer (11 in drei Eimer Wasser (gleich 20 Liter) aufgelöst worden ist) stehen. Der Inhalt von Seite erabrigt sich selbst, da Pfeffer genügend Zeit bedarf, und nun löst sich der Schmutz beim Kochen ohne jedes Nachhelfen oder folgende Reihen unabhängig auf.

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Korrespondenz, Redaktionen und Geschäftsliches: S. Kubacki, Berlin; für den Anzeigenenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kaminer, Charlottenburg. — Verlagsverwalter: „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin S. 2, Breite Straße 6-8.

Trotz allem und allem noch immer billig

(Nachdruck verboten)

In einer Zeit, in der alles zum Leben Notwendige fast unerschwinglich teuer ist, die Preissteigerungen für alle denkbaren Waren sich von Tag zu Tag überfüllen, freut man sich um so mehr, wenn man einmal einen Artikel findet, den man noch für einen mäßigen Preis erwerben kann.

Ein solcher Artikel ist der Lohmann-Kneifer. Zwar ist auch sein Preis von den gestiegenen Materials-, Lohn- und Geschäftskosten in Mitleidenschaft gezogen worden, und es mußte auch den neuerdings eingetretenen gewaltigen Preissteigerungen auf allen Gebieten — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb! — Rechnung getragen werden, aber im Verhältnis betrachtet, ist der Lohmann-Kneifer immer noch ein sehr billiger Artikel.

Während viele Preise auf den 20-30fachen Stand der Vorkriegszeit gestiegen sind, ist der Preis für den Lohmann-Kneifer noch längst nicht halb soviel gestiegen. Damit ist die verhältnismäßige Billigkeit des Lohmann-Kneifers aber noch nicht erschöpfend ausgedrückt. Was bei dem Lohmann-

Kneifer so entscheidend ins Gewicht fällt, ist seine außerordentliche Haltbarkeit. Jeder, der Augenzeuger braucht, wird die lange Haltbarkeit eines Kneifers schon aus dem Grunde zu schätzen wissen, daß sie ihm die vielen Unbequemlichkeiten, die mit der Reparatur oder Neuanschaffung des Augenloches verbunden sind, erspart. Man wird den Vorteil der längeren Haltbarkeit aber noch höher bewerten müssen, wenn man bedenkt, wieviel Geld man infolge der langen Haltbarkeit des Lohmann-Kneifers an Reparaturen und Neuanschaffung erspart.

Die sonstigen Vorzüge des Lohmann-Kneifers: richtiger, fester Sitz ohne lästigen Druck, elegantes, unauffälliges Aussehen, größte Schonung der Augen bei höchstmöglicher Seheleistung — sind zu bekannt, als daß näher darauf eingegangen zu werden brauchte. Bleibt man dann noch in Betracht, daß der Lohmann-Kneifer, trotz seiner glänzenden Vorzüge, nicht teurer ist als andere Fabrikate gleich guter Materialbeschaffenheit und Verarbeitung, so muß man sagen, daß kein einziger Grund gegen die Anschaffung des Lohmann-Kneifers vorhanden ist, daß aber sehr viele gewichtige Gründe dafür sprechen. Hören Sie, bitte, die Urteile von Leuten, die den Lohmann-Kneifer praktisch erprobt haben:

Selbst im Felde hat mir Ihr Kneifer, den ich nun schon 5 Jahre trage, gute und unerschöpfliche Dienste geleistet, so daß ich ihn nicht entbehren kann und möchte.“

„Mit dem 1916 von Ihnen bezogenen Kneifer habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht, so daß ich mir auch als Reserve-Kneifer einen Lohmann-Kneifer zu wählen beabsichtige.“ W. U. in W.

„Ich trage seit Jahren Ihre Kneifer, mit denen ich sehr zufrieden bin, und möchte nun auch einen solchen für meine Frau bezogen.“ G. G. in B.

„Habe den Kneifer 4½ Jahre an der Front getragen, ohne daß mir etwas mit ihm passiert ist.“ Rittmeister von C. in T.

„Bin überzeugt, daß Ihr Kneifer nach 10 Jahren noch genau so fest sitzt und stabil ist, wie heute, nach vierjähriger, ständiger Benutzung.“ F. J. in W.

Allen, die sich für den Lohmann-Kneifer interessieren, ist Gelegenheit geboten, sich über seine Vorzüge kostenlos in unseren Verkaufsstellen, Berlin W., Potsdamer Str. 134a (keine Filialen), ohne Kaufzwang, zu informieren. Dasselbe auch jederzeit gemässheitliche Augenprüfung zwecks Gläserverordnung. Auswärtige wollen Gratiszusendung des Prospektes T 14 verlangen.

Bekanntmachung

Die Firma Wehner & Co. und Werkzeuge-Fabrik Paul Wenzel in Berlin-Weißensee hat die Genehmigung zur Ausstellung dreier Schmelzschmelzen in ihrem Fabrikgebäude auf dem Grundstück Charlottenburger Str. 20/22 in Berlin-Weißensee beantragt.

Ermöglichte Einwendungen gegen diese Anträge sind bei dem unterzeichneten Stadtschulz bis zum 14. Tag, vom Tage nach der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Beschreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in unserem Bureau, Karlsplatz, Treppenhalle 4, Zimmer 8, an den Geschäftstagen in der Zeit von 9-2 Uhr während der oben bezeichneten Zeit zur Einsicht aus.

Zur vollständigen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtschulz, am Sonnabend, den 19. November 1921, vormittags 11 Uhr, in unserem Bureau ein Termin anberaumt, zu dem die Unternehmer sowie die Widerspruchenden unter der Zustimmung geladen werden, doch auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen wird.

Berlin-Karlshorst, den 28. Oktober 1921.
Stadtschulz Berlin.

Abteilung V. 3. B.: Dr. Gresselt.

Billig! Pelzwaren Billig!

Rechtschneide, Knochenschneide, ... von 100.- Mk. an
Eisenschneide, Knochenschneide, ... von 120.- Mk. an
Conlige Pelzwaren über die Hälfte im Preise veräußert
Belzhais Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 46/47
Untergrundbahnhof Wilmersdorf. — Eigene Fabrikation.

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngelisse
Zaha 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf um Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Bausteine 50 Proz.

Werkstoff 75%, Arbeitslohn 50%, Puh 50%
Ersparnis erzielen Sie nach unserem System
Stabilbauweise. Unterzierung von Feuerbeständen.
Stabilstein G. m. b. H., Berlin S. 14.,
Kommendantenstraße 37, Morigplatz 14/25.

Billige an Wald und Wasser gelegene
Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von 200 an. Günstigster Abschluß.
Wald: Terrangefellschaft Heiligensee, Berlin
123 6, Schiffbauerdamm 24, Tegel; Nordend 716.
In Heiligensee im Bureau oder bei Kommodit,
Restaurant Rothschuppen, Heiligensee, Kirchhölzer.
Telefon der Tegel-Gründer Stroßmann.

Seitenhändler

decken ihren
Bedarf
zu
konkurrenzlosen
billigen
Tagespreisen
in allen Sorten Ia
Kernseifen, Toilette-
seifen, Bodenseifen
Seifen-Lager
Emrich A. Salgo
Lothringer Str. 38
am Casino-Theater

Kapitän

einmal geprobt — immer
geliebt. Feink. Geschmack:
Ihre frisch. Zu kaufen in den
Nahrungsgeschäft. usw. Neue
Verkaufsstellen finden ein:
Generalvertrieb G. Wieders,
Berlin, Lichterberger Straße 22 (Tel. 7. 3661).

Botenfrauen
sofort gesucht
Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour:
Barnimstr. — Christburger Str. — Ebingger Str.
Expedition Wengels
D., Cadiner Straße 11
Tour: Diebigstraße — Rigauer Straße